



**SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG**

14. Wahlperiode

Drucksache **14/1270**

06. 02. 98

## **Bericht**

**der Landesregierung**

**Jahreswirtschaftsbericht 1997**

Federführend ist der Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.



**Ministerium für Wirtschaft,  
Technologie und Verkehr  
des Landes Schleswig-Holstein**



# **Jahreswirtschaftsbericht**

**1997**

# Inhalt

<b>Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein .....</b>	<b>5</b>
Verarbeitendes Gewerbe.....	6
Ernährungswirtschaft.....	7
Bauwirtschaft.....	8
Handwerk .....	8
Dienstleistungen.....	8
Handel.....	9
Tourismus .....	9
Außenwirtschaft.....	10
<b>Regionale Wirtschaftspolitik .....</b>	<b>11</b>
Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume.....	12
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ .....	12
Sonstige betriebliche Förderung .....	13
Konversionspolitik .....	13
Ansiedlungsbilanz 1997.....	14
Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg .....	15
<b>Existenzgründungsoffensive Schleswig-Holstein .....</b>	<b>15</b>
<b>Beratungen.....</b>	<b>17</b>
Beratungen - Unentbehrliche Hilfestellung für den Mittelstand.....	17
Beratungen für Frauen.....	17
<b>Außenwirtschaftsförderung.....</b>	<b>18</b>

<b>Schiffbau .....</b>	<b>18</b>
<b>Tourismuspolitik.....</b>	<b>19</b>
<b>Technologiepolitik.....</b>	<b>20</b>
Ziele .....	20
Beispielhafte Projekte der Technologieförderung .....	21
Technologietransfer im Hochschulbereich.....	22
<b>Berufliche Qualifizierung und Weiterbildung.....</b>	<b>22</b>
Bündnis für Ausbildung '97 - eine Bilanz.....	24
Weiterbildung.....	24
Wirtschaftsbezogene Hochschul-Studiengänge .....	24
<b>Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein .....</b>	<b>24</b>
Europäische Verkehrspolitik .....	24
Schienenwege.....	25
Öffentlicher Personennahverkehr.....	26
Straßeninfrastruktur.....	26
Schifffahrt und Häfen .....	27
Luftverkehr.....	28
<b>Ausblick.....</b>	<b>29</b>

# Einleitung

Der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein befindet sich in einem grundlegenden Modernisierungsprozeß, der in seiner Intensität und Komplexität bemerkenswert ist und dessen Tempo immer mehr zulegt. Dieser Modernisierungsprozeß hat sichtbare positive Entwicklungen bewirkt, die sich an zahlreichen Fakten festmachen lassen.

**Erstens: Die Wirtschaftsstruktur hat sich rasant den Herausforderungen der Zukunft angepaßt.** Schleswig-Holstein hat sich vom Agrar- und Schiffbau zu einem Standort von High-Tech-Industrien gewandelt. Im Verarbeitenden Gewerbe dominiert der High-Tech-Bereich bei Umsatz und Beschäftigten mit Anteilen von über 20 Prozent - gute 5 Prozentpunkte mehr als im Schnitt der Länder. Der Dienstleistungssektor hat stark an Bedeutung gewonnen. Sein Anteil an der Bruttowertschöpfung ist auf über zwei Drittel angewachsen und liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

**Zweitens: Die technologische Entwicklung prägt den Strukturwandel.** Der vor zehn Jahren noch immense Aufholbedarf konnte deutlich abgebaut werden. Schleswig-Holstein entwickelt sich heute zu einem Kompetenzzentrum für Mikroelektronik und Mikrosystemtechnik. Die Kreisstadt Itzehoe ist Standort einer der modernsten Chipfabriken der Welt. Das dichte Netz der Technik- und Gewerbezentren wurde weiter ausgebaut und modernisiert.

**Drittens: In Schleswig-Holstein entsteht eine neue Kultur der wirtschaftlichen Selbständigkeit.** Durch die Existenzgründungsoffensive hat die Landesregierung gemeinsam mit allen Institutionen und Akteuren die Rahmenbedingungen für existenzgründungswillige Männer und Frauen verbessert.

**Viertens: Schleswig-Holstein ist ein Ausbildungsland.** Unter allen Ländern gibt es in Schleswig-Holstein das günstigste Verhältnis im Vergleich der Ausbildungsstellen zur Zahl der Bewerber. Die Landesregierung wertet dies als einen Erfolg des Bündnisses für Ausbildung '97.

**Fünftens: Die Schaffung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur ist Teil der wirtschaftlichen Modernisierung.** Die Landesregierung hat wichtige Schienenverkehrs-

projekte weiter vorangebracht. Auch bei der zukunftsorientierten Weiterentwicklung der Straßeninfrastruktur hat sie die richtigen Akzente gesetzt. Das ÖPNV-Gesetz und der landesweite Nahverkehrsplan für den Schienenpersonenverkehr sind richtungweisend für bedarfsgerechte und umweltfreundliche Mobilität.

**Sechstens: Schleswig-Holstein ist und bleibt eines der beliebtesten Urlaubs-länder.** Jeder zweite deutsche Urlauber findet das Land zwischen den Meeren „sympathisch“. Der Tourismus wird auch in Zukunft nicht nur ein wichtiges Standbein der regionalen Wirtschaft bleiben; er wirkt auch als positiver Imagefaktor.

Die erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels in Schleswig-Holstein schlägt sich in der **Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung** nieder. Allein im Vergleich der Jahre 1992 und 1996 wuchs unsere Wirtschaft um mehr als 2 Prozentpunkte stärker als in den westdeutschen Ländern. Im Vergleich der Länder spielt Schleswig-Holstein - auch in Zeiten verhaltenen Wachstums - regelmäßig in der oberen Gruppe der Wachstumsraten mit. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickelte sich überdurchschnittlich: Im Vergleich zum Jahr 1987 war ihr Anstieg in Schleswig-Holstein fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Seit 1993 liegt die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein etwa im westdeutschen Schnitt, zeitweise auch darunter. Dies ist in erster Linie ein Verdienst der leistungsfähigen kleinen und mittleren Unternehmen im Lande. Diese Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die prekäre Arbeitsmarktsituation in Deutschland das größte bisher ungelöste gesellschaftliche Problem bleibt. Es fehlen die bundespolitischen Weichenstellungen, um endlich die notwendigen Maßnahmen zur Schaffung neuer Beschäftigung umzusetzen und dauerhaftes, stabiles Wirtschaftswachstum herbeizuführen.

Dieser Jahreswirtschaftsbericht soll einen Überblick über den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein geben. Er soll aber auch belegen, daß Schleswig-Holstein im Jahr 1997 einen weiteren Schritt in Richtung Modernisierung vorangekommen ist.

# Jahreswirtschaftsbericht 1997

## Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

### Die Signale stehen wieder auf Wachstum

Nach einem unterdurchschnittlichen Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im Vorjahr hat die Wirtschaft in Schleswig-Holstein im Jahr 1997 an Kraft und Dynamik gewonnen und den westdeutschen Durchschnitt wieder erreicht. Im ersten Halbjahr 1997 wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein um 1,9 Prozent, im westdeutschen Bundesdurchschnitt erreichte es die 2,0-Prozent-Marke. Das Wachstum wurde vor allem vom Export und von der Stromproduktion getragen. Die Konjunkturerholung hat allerdings zur Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit nicht beitragen können.

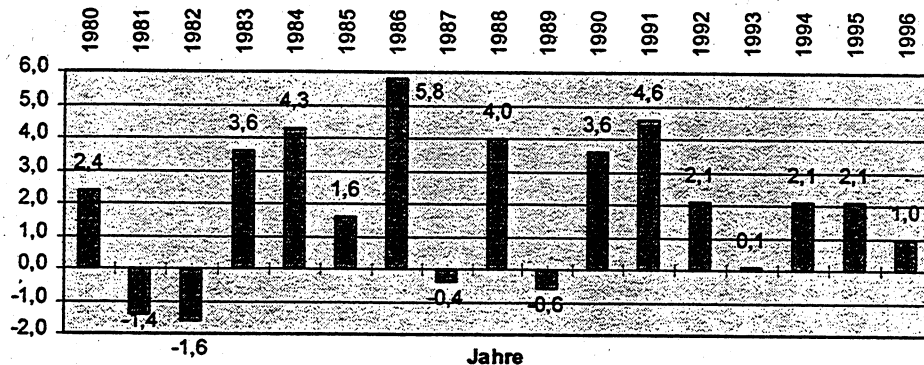
sich allerdings der zurückhaltende private Konsum dämpfend bemerkbar. Neueinstellungen waren in den wenigsten Betrieben geplant, fast ein Drittel der befragten Unternehmen rechnete mit weiterem Stellenabbau.

### Keine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Die konjunkturelle Erholung hat sich leider noch nicht positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Ende Dezember 1997 lag die Arbeitslosenzahl um 6,2 Prozent höher als im Vormonat. Insgesamt 135.350 Frauen und Männer waren Ende des Jahres in Schleswig-Holstein arbeitslos gemeldet. Mit 10,6 Prozent lag die Arbeitslosenquote über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder (9,9 Prozent).

Im Jahresdurchschnitt 1997 waren in Schleswig-Holstein 126.844 Personen arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum stieg die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote

Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Schleswig-Holstein  
(in Preisen von 1991)



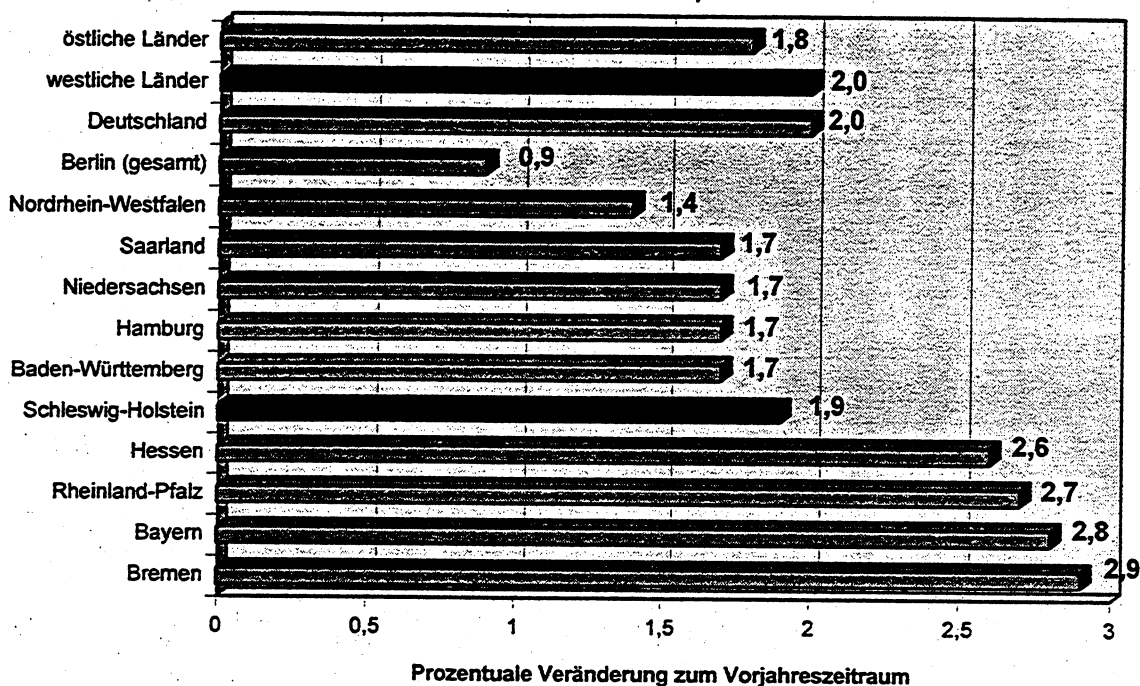
Quelle: Statistisches Landesamt SH. Bis 1995: 3. Fortschreibung 1995; 1996: 2. Fortschreibung 1996

Nach der Konjunkturumfrage der drei Industrie- und Handelskammern für das 4. Quartal 1997 äußerten die Unternehmen zwar nicht mehrheitlich optimistische, aber dennoch wesentlich bessere Erwartungen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Industrie blickte angesichts guter Auftragseingänge optimistisch in die Zukunft. Sowohl im Großhandel als auch Außenhandel machte

(auf Basis aller ziviler Erwerbspersonen) von 8,9 Prozent auf 9,9 Prozent und lag damit leicht über dem Niveau des Durchschnitts der westdeutschen Länder (9,8 Prozent).

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lag Ende Oktober 1997 bei 814.000, das sind 5.100 oder 0,6 Prozent

**Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes im ersten Halbjahr 1997  
(in Preisen von 1991)**



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder vom 17.09.1997

weniger als im Vorjahr. Auch in den Tourismusregionen des Landes waren erhebliche Beschäftigungsrückgänge insbesondere aufgrund der durch die Gesundheitsreform rückläufigen Frequentierung der Kur- und Heilbäder zu beobachten. In Deutschland ging die Beschäftigtenzahl um 0,9 Prozent auf 27.594.600 zurück (West: minus 0,2 Prozent; Ost: minus 3,9 Prozent). Zur Entwicklung der Arbeitslosenquoten vgl. Tabelle (Anlage 5).

**Verarbeitendes Gewerbe<sup>1</sup>**

*Steigende Umsätze*

Im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) sind die Umsätze gegenüber 1996 stärker als im Durchschnitt der westlichen Bundesländer gestiegen. Im vergangenen Jahr hatte es noch eine rückläufige Entwicklung gegeben (1996: minus 2,7 Prozent).

Umsatzentwicklung 1997 im Verarbeitenden Gewerbe	
Schleswig-Holstein	+ 5,3 Prozent
Deutschland	+ 4,9 Prozent
West:	+ 4,7 Prozent
Ost:	+ 7,8 Prozent

*Auslandsgeschäft ist Stütze der günstigen Umsatzentwicklung*

Das positive Ergebnis stützte sich hauptsächlich auf den kontinuierlich wachsenden Auslandsumsatz; der Inlandsumsatz veränderte sich gegenüber dem Vorjahr kaum (+ 0,2 Prozent).

Auch die Auftragslage spiegelt die derzeitige Exportorientierung der Industrie wider: Deutliche Steigerung bei den Auslandsaufträgen (+ 13,5 Prozent), während die Aufträge aus dem Inland um 4,5 Prozent zurückgingen. Insgesamt ergibt sich ein Auftragsplus von 1,7 Prozent.

Vom Exportplus profitierten vor allem die Chemische Industrie, zum Teil auch der Maschinenbau sowie der Bereich der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, zu dem auch die Produktion von Mobiltelefonen gerechnet wird.

• Auslandsumsatz	+ 19,7 Prozent
• Auslandsaufträge <sup>2</sup>	+ 13,5 Prozent
• Exportquote	29,5 Prozent

*Beschäftigungsabbau setzt sich fort*

Im Jahresdurchschnitt waren im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins 143.470 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt. Das waren 2,4 Prozent weniger als 1996. Damit hielt der Beschäftigungsabbau an, wenn auch mit etwas verminderter Intensität (1996: minus

<sup>1</sup> Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis November 1997

<sup>2</sup> Auslandsauftragseingänge

4,4 Prozent).

Die Anzahl der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten war mit 1.439 leicht rückläufig (minus 1,1 Prozent).

Sowohl beim Beschäftigungsabbau als auch bei der Verringerung der Betriebe lag Schleswig-Holstein allerdings unter dem westdeutschen Trend (vgl. folgende Tabelle).

*Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes nach der Wirtschaftszweigklassifikation WZ 93*

*Tabelle: Anteil der Ernährungswirtschaft am Verarbeitenden Gewerbe (Januar bis November '97) - in Prozent -*

	Schleswig-Holstein	Deutschland
Umsatz	19,0	11,7
Beschäftigte	13,5	8,2
Exportquote	11,4	10,9

Ergebnisse für Januar bis November 1997 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum	Schleswig-Holstein	Deutschland	westliche Länder	östliche Länder
<b>Vorleistungsgüterproduzenten</b>				
Umsatz	+ 3,5	+ 4,8	+ 4,8	+ 5,8
Betriebe	- 0,5	- 1,5	- 2,2	+ 2,4
Beschäftigte	- 2,7	- 3,3	- 3,5	- 1,9
<b>Investitionsgüterproduzenten</b>				
Umsatz	+13,7	+ 8,0	+ 7,8	+11,9
Betriebe	+ 0,1	- 2,3	- 2,2	- 2,6
Beschäftigte	- 1,9	- 3,0	- 2,6	- 7,7
<b>Gebrauchsgüterproduzenten</b>				
Umsatz	- 10,8	- 1,4	- 1,8	+ 8,8
Betriebe	+ 0,8	- 5,9	- 6,0	- 5,3
Beschäftigte	- 3,9	- 5,7	- 5,8	- 4,9
<b>Verbrauchsgüterproduzenten</b>				
Umsatz	+ 0,3	+ 1,5	+ 1,0	+ 7,8
Betriebe	- 4,0	- 5,6	- 4,8	- 9,0
Beschäftigte	- 2,4	- 3,1	- 3,0	- 4,0
<b>Insgesamt</b>				
Umsatz	+ 5,3	+ 4,9	+ 4,7	+ 7,8
Betriebe	- 1,1	- 2,7	- 2,9	- 1,7
Beschäftigte	- 2,4	- 3,3	- 3,2	- 4,3

**Ernährungswirtschaft**

Im Ernährungsgewerbe Schleswig-Holsteins - einschließlich Tabakverarbeitung - konnte der negative Trend in der Umsatzentwicklung gestoppt werden. Mit einem erzielten Umsatz von 8,6 Milliarden Mark (Januar bis November 1997) übertraf dieser für Schleswig-Holstein bedeutsame Wirtschaftszweig knapp das Vorjahresergebnis (+ 0,2 Prozent). Der Beschäftigtenstand in den überwiegend kleinen und mittelständischen Betrieben war allerdings weiter rückläufig.

1997 zählte die Branche 19.367 Arbeitskräfte (Januar bis November 1997), das waren 4,5 Prozent weniger als im Vorjahr.

Tragende Säule der Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein ist die *Milch- und Fleischwirtschaft*. Fast zwei Drittel aller Verkaufserlöse in der Landwirtschaft entfallen auf Milch, Rind- und Schweinefleisch. Die *Fischwirtschaft* ist mit einer Bruttowertschöpfung von 800 Millionen Mark und 3.600 Beschäftigten besonders bedeutsam für die Küstenregionen. Hier konnten sich die Erträge der Kutterfischerei auf mittlerem Niveau stabilisieren; am günstigsten war die Entwicklung für die Krabbenfischerei in der Nordsee.

In allen Bereichen der Ernährungswirtschaft hängt die zukünftige Entwicklung davon ab, ob die schleswig-holsteinischen Unternehmen in verstärktem Maße qualitativ hochwertige und neue Produkte auf den natio-

nalen und internationalen Märkten anbieten können. Die Landesregierung unterstützt geeignete Marketingstrategien, wie zum Beispiel mit der Vergabe des Gütezeichens „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“.

### **Bauwirtschaft**

#### **Unbefriedigende Lage - Arbeitsplatzverluste**

Die Lage in der schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft zeigte sich kritisch. Der Trend zum Abbau von Arbeitsplätzen hielt 1997 an. Im Durchschnitt der Monate Januar bis November 1997 lag die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe bei 40.171, das entspricht einem Rückgang um 5,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Im Jahr 1996 hatte der Beschäftigtenrückgang ebenfalls rund 6 Prozent betragen.

Auf den Baustellen wurden 45,6 Millionen Arbeitsstunden geleistet, das entspricht etwa dem Stand des vergleichbaren Zeitraums des Vorjahres (- 0,6 Prozent). Der baugewerbliche Umsatz übertraf mit 5,8 Milliarden Mark um 0,2 Prozent das Ergebnis des Vorjahres. In den *westdeutschen Ländern* gab es dagegen einen durchschnittlichen Rückgang (Januar - November) um 1,7 Prozent; der Umsatz lag bei 135 Milliarden Mark. (Deutschland: - 2,4 Prozent; Ost: - 4,0 Prozent)

Bis einschließlich November 1997 wurde die Errichtung von 17.700 Wohnungen (+ 10,0 Prozent) genehmigt; im Nichtwohnbau gab es einen Rückgang der Baugenehmigungen um 5,4 Prozent (Gesamtvorjahr: 7,1 Prozent).

Eine nachhaltige Belebung der Baukonjunktur ist trotz der etwas positiveren Entwicklungen der Umsätze und Wohnungsbaugenehmigungen vorerst nicht auszumachen.

So war die Auftragsentwicklung im Bauhauptgewerbe insgesamt weiterhin zurückhaltend.

Die Auftragseingänge erholten sich zwar leicht (+ 1,0 Prozent). Im Wohnungsbau gab es aber einen Rückgang um 5,3 Prozent, im gewerblichen und industriellen Bau stagnierten die Auftragseingänge (+ 0,1 Prozent). Nur im öffentlichen und Verkehrsbau konnte eine Steigerung um 7,9 Prozent verzeichnet werden.

Im Jahr 1996 hatte der Rückgang der Auftragseingänge in der Bauwirtschaft allerdings noch 12,7 Prozent (Gesamtjahr) betragen.

### **Handwerk**

#### **Schwache Baukonjunktur belastet das Handwerk**

Im schleswig-holsteinischen Handwerk blieb 1997 eine konjunkturelle Belebung aus. Die Entwicklung war geprägt durch die schwache Auftragslage im Baubereich.

Der Vorjahresumsatz von 24 Milliarden Mark konnte 1997 nicht wieder erreicht werden. Das Jahresergebnis weist insgesamt einen Umsatzrückgang um 1,5 Prozent auf. Zu den Handwerkszweigen, die auf eine befriedigende bis gute Geschäftslage zurückblicken konnten, gehörten die Dienstleistungen im Handwerk, das Kraftfahrzeughandwerk und das Handwerk für den gehobenen Bedarf, wozu Goldschmiede-, Bootsbauer- und Kürschnerbetriebe gerechnet werden. Alle anderen Bereiche, wie zum Beispiel das Baugewerbe und der Handel im Handwerk, mußten Umsatzrückgänge hinnehmen.

Die Zahl der eingetragenen Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein ist 1997 mit 20.737 Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozent gestiegen.

Das *handwerksähnliche Gewerbe* hat sich in den letzten Jahren vergleichsweise dynamisch entwickelt.

In 1997 wurden 187 handwerksähnliche Betriebe gegründet. Mit dieser erneuten Steigerung um 3,5 Prozent (Vorjahr: 3,2 Prozent) ist der Bestand auf 5.477 Betriebe gewachsen.

Das Handwerk hat das Niveau der bei der Handwerkszählung 1995 ermittelten Beschäftigtenzahl von 188.000 nicht halten können.

Trotzdem stellt dieser Wirtschaftszweig derzeit nahezu jeden fünften Arbeitsplatz und jeden dritten Ausbildungsplatz in Schleswig-Holstein.

### **Dienstleistungen**

Der Strukturwandel in Schleswig-Holstein ist geprägt durch das Vordringen von Dienstleistungen in Produktion und Beschäftigung. Hier bestehen die größten Wachstumschancen, insbesondere auch in einer starken Exportorientierung. Die Bedeutung des Dienstleistungssektors hat in den letzten 20 Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen.

**Anteile der Erwerbstätigen und der realen Bruttowertschöpfung (BWS) an den Wirtschaftsbereichen - in Preisen von 1991 -**

Wirtschaftsbereiche	Schleswig-Holstein				Deutschland	
	1976		1996		1996	
	Anteil der Erwerbstätigen	Anteil der BWS	Anteil der Erwerbstätigen	Anteil der BWS	Anteil der Erwerbstätigen	Anteil der BWS
Land- u. Forstwirtschaft	8,2	3,5	3,7	2,9	2,8	1,6
Warenproduzierendes Gewerbe	33,3	37,9	29,0	28,6	34,6	34,5
Dienstleistungsbereich	58,4	58,6	67,4	68,5	62,6	63,9

Im gesamten tertiären Bereich (Dienstleistungsunternehmen einschließlich Handel, Verkehr, Staat und private Haushalte) arbeiteten 1996 über zwei Drittel aller Erwerbstätigen und damit mehr als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Der Anteil des tertiären Sektors an der realen Bruttowertschöpfung lag 1996 mit 68,5 Prozent ebenfalls über dem Länderdurchschnitt (63,9 Prozent). Seit 1993 tragen die reinen Dienstleistungsunternehmen (ohne Handel, Verkehr etc.) in Schleswig-Holstein mehr zur Bruttowertschöpfung bei als das produzierende Gewerbe.

**Handel**

*Im schleswig-holsteinischen Einzelhandel ist die erwartete Verbesserung ausgeblieben.* Eine positive Konjunktorentwicklung hat sich im Einzelhandel auch 1997 nicht gezeigt. Nach der jüngsten Umfrage der Industrie- und Handelskammern beurteilten die Unternehmen im Einzelhandel ihre gegenwärtige Geschäftslage mit den Noten „befriedigend“ (44 Prozent) bis „schlecht“ (50 Prozent); nur 6 Prozent mit „gut“. Über die Hälfte blicken mit negativen Erwartungen in die Zukunft (59 Prozent).

Im Einzelhandel machte sich die Einkommenssituation der Verbraucher unmittelbar bemerkbar. Für den privaten Konsum standen immer weniger Mittel zur Verfügung, bedingt durch sinkende Realeinkommen und Arbeitslosigkeit.

Die *Umsatzzahlen* im schleswig-holsteinischen Einzelhandel blieben in der Zeit von Januar bis November 1997 nominal unverändert, sanken aber real um 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Nach vielen Jahren sinkender Realumsätze kam es im Facheinzelhandel vermehrt zu Betriebsschließungen, gleichzeitig befanden sich etliche großflächige Einzelhandelsprojekte an peripheren Standorten im Bau oder in Planung.

Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ging gegenüber 1996 um 2,7 Prozent zurück. Die Teilzeitbeschäftigung stieg dagegen um 3,5 Prozent. Insgesamt ergibt sich daraus ein Beschäftigungsrückgang um 0,1 Prozent (Januar - November 1997).

Die Lage im schleswig-holsteinischen *Großhandel* hat sich im Berichtsjahr dagegen leicht verbessert. Die Umsätze stiegen im Vorjahresvergleich um nominal 3,1 Prozent und real 2,5 Prozent (Januar bis Oktober 1997).

**Tourismus**

Für die *Tourismuswirtschaft* war 1997 ein schwieriges Jahr, nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern - noch ausgeprägter - in Deutschland insgesamt. Nach der amtlichen Statistik für Beherbergungsstätten mit mehr als acht Betten gingen in Schleswig-Holstein die *Übernachtungszahlen* im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Prozent (Januar bis November 1997) zurück. Die *Umsätze* im Gastgewerbe waren um 3,6 Prozent niedriger als 1996 (Januar bis November 1997). Damit setzte sich die rückläufige Entwicklung von 1996 bei den Übernachtungen und Umsätzen (minus 1,8 Prozent bzw. 2,6 Prozent) fort. Regional betrachtet, blieb der Rückgang bei den Übernachtungen an Nordsee und Ostsee etwas unter dem Landesdurchschnitt (minus 3,0 bzw. 2,9 Prozent). Am

stärksten betroffen waren die Holsteinische Schweiz (minus 10,1 Prozent) und das übrige Binnenland (minus 5,2 Prozent). Unter den Beherbergungsstätten konnten nur Hotels und Ferienzentren noch Zuwachsraten erzielen.

*Tabelle: Entwicklung der Ankünfte und Übernachtungen in Prozent - Bundesvergleich (Januar bis November 1997)*

	Schleswig-Holstein	Deutschland	West	Ost
Übernachtungen <sup>1)</sup>	- 3,6 %	- 4,3 %	- 5,5 %	+ 2,2 %
Gästekünfte	+ 2,5 %	+ 2,5 %	+ 2,0 %	+ 5,3 %

<sup>1)</sup> Beherbergungsstätten mit mehr als 8 Betten

Bei der Analyse dieser Entwicklung stößt man auf eine breite Palette von Ursachen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt und sinkende Einkommen beeinflussen das Reiseverhalten der Deutschen. Der Wettbewerb verschärft sich immer mehr, besonders durch hohe Marketinganstrengungen und Billigangebote für ausländische Reiseziele. Der Marktanteil deutscher Urlaubsgebiete sinkt seit Jahren kontinuierlich und beträgt heute nur noch 30,2 Prozent. Ein besonderes strukturelles Problem für Schleswig-Holstein war 1997 die Gesundheitsgesetzgebung des Bundes. Die Folge waren drastische Einbrüche bei den ambulanten Kuren und besonders bei den stationären Rehabilitationsmaßnahmen, die um 21,6 Prozent zurückgingen. Allein drei Viertel der Rückgänge bei den Übernachtungen sind auf diesen Sonderfaktor zurückzuführen.

Trotz dieser schwierigen Situation hat der Schleswig-Holstein-Tourismus insgesamt noch eine gute Marktposition:

- Auf der Rangliste der von deutschen Urlauberinnen und Urlaubern bevorzugten in- und ausländischen Reiseziele liegt Schleswig-Holstein mit einem Marktanteil von 4,2 Prozent auf Platz 5. Damit ist es - hinter Bayern (7,7 Prozent) - das zweitbeliebteste inländische Reiseziel.
- Das Reiseziel Schleswig-Holstein genießt bei den Urlaubern weiterhin eine große Attraktivität. Das beweisen zum einen die hohen Sympathiewerte, die anlässlich einer Umfrage vergeben wur-

den: 52,8 Prozent der befragten Deutschen finden das Urlaubsland im Norden der Bundesrepublik sympathisch. Damit liegt Schleswig-Holstein - wiederum hinter Bayern (65,8 Prozent) und vor allen ausländischen Reisezielen - auf dem zweiten Platz. Zum anderen sind die Gästezahlen - trotz rückläufiger Übernachtungszahlen - im Jahr 1997 weiter gestiegen.

Um dieses Potential zu nutzen, sind allerdings erhebliche Anstrengungen aller touristischer Anbieter erforderlich, um die Qualität des Angebots sowie Service und Marketing zu verbessern.<sup>1</sup>

### **Außenwirtschaft**

Das Volumen der schleswig-holsteinischen Exporte hat im ersten Halbjahr 1997 um 14,8 Prozent zugenommen.

Wie bereits im Jahr zuvor hatten mehr als zwei Drittel der Exporte Ziele in Europa; allein mehr als 50 Prozent gingen in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Die exportstärksten Wirtschaftszweige waren mit einem Ausfuhrvolumen von knapp 2,2 Milliarden Mark der Maschinenbau und die Chemie mit 1,9 Milliarden Mark.

Die größten Zuwächse konnten die Branchen Wasserfahrzeuge mit 185,1 Prozent, der Fahrzeugbau mit 35,3 Prozent und die Elektrotechnik mit 28,5 Prozent verbuchen (alle Angaben für das erste Halbjahr 1997).

Die Importe stiegen im ersten Halbjahr 1997 um 10,1 Prozent. Wie etwa in den Vorjahren, kamen gut 80 Prozent der gesamten Importe aus Ländern in Europa, darunter 61,1 Prozent aus den EU-Mitgliedstaaten.

Zur Entwicklung des schleswig-holsteinischen Außenhandels siehe auch Anlage 8.

<sup>1</sup> Eine umfangreiche Analyse der Marktsituation und der Entwicklungspotentiale enthält der Tourismusbericht der Landesregierung für den Schleswig-Holsteinischen Landtag (Landtagsdrucksache Nr. 14/965 vom 10. September 1997)

Entwicklung des Auslandsumsatzes und der Exportquote<sup>1)</sup> des Verarbeitenden Gewerbes<sup>2)</sup> in Schleswig-Holstein

Jahre	Gesamtumsatz in Mio. DM	Auslandsumsatz in Mio. DM	Veränderg. des Auslandsumsatzes z. Vorjahr in %	Exportquote in %
1993	45.191	9.886	- 5,0	20,9
1994	46.554	11.233	+ 13,6	23,1
1995 <sup>3)</sup>	48.042	12.755	+ 13,6	26,5
Vergleich 1995/1991		+ 2.684	+ 26,7	-
1995	48.979	12.777	+ 13,6	26,1
1996	47.670	12.359	- 3,3	25,9
1 - 11/1997	45.150	13.304	-	29,5

- 1) Prozentanteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz
- 2) Ergebnisse im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Schleswig-Holstein in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten
- 3) Wegen der neuen Klassifikation im Verarbeitenden Gewerbe ist ein Jahresvergleich nicht immer möglich; deshalb wurden Hilfsberechnungen durchgeführt.

## Regionale Wirtschafts- politik

Die Regionen Schleswig-Holsteins sind einem erheblichen wirtschaftsstrukturellen Anpassungsdruck ausgesetzt. Doch so unterschiedlich die regionalen Problemlagen auch teilweise sind: Gesamtwirtschaftlich stehen sie in einem engen Zusammenhang. So hängt die Entwicklung vieler Dörfer zu reinen Wohnsiedlungen - mit der Folge steigender Anforderungen an die soziale Infrastruktur - mit Phänomenen wie Stadtflucht und steigenden Pendlerzahlen zusammen. Die veränderte Sozialstruktur der Zentren spiegelt sich in ihren erhöhten Soziallasten wieder. Flächenknappheit und Industriebrachen stellen in den *Ballungsräumen* ein Problem dar, das für den angrenzenden sogenannten *Speckgürtel* wiederum eine Chance für Gewerbesiedlungen auf der grünen Wiese darstellt. Umgekehrt sind die Wachstumspotentiale der *Oberzentren* die Kehrseite der relativen Standortnachteile des *ländlichen Raumes*. Interregionale Kooperation und Partnerschaft

in der Wirtschaftsförderung sind deshalb eine immer wichtigere Voraussetzung zur Entwicklung des Gesamttraumes.

Die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Regionen läßt sich an den drei Indikatoren *Arbeitslosenquote*, *Industriedichte* und Anzahl der *sozialversicherungspflichtig Beschäftigten* ablesen (Tabelle Anlage 6). Saisonale Abhängigkeit vom Tourismus und die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften prägen die ländlichen peripheren Gebiete mit geringer Industriedichte, während im Hamburger Umland und in den Agglomerationszentren zunehmend Flächenengpässe und hohe Verkehrsdichten die Entwicklung erschweren. Bedrückend ist insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit in den kreisfreien Städten.

Der *Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur* bleibt Schwerpunkt der regionalen Strukturpolitik. Hierfür hat die Landesregierung aus den Förderprogrammen:

- Regionalprogramm (einschließlich EU-Mittel aus EFRE/Ziel 5b)

- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

insgesamt rund 71,4 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Ein Förderschwerpunkt lag im Bereich gewerblicher Erschließungsmaßnahmen der Kommunen.

### **Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume**

Das Regionalprogramm ist das zentrale landespolitische Förderinstrument zur Verbesserung der Standortvoraussetzungen in den strukturschwachen ländlichen Räumen. Schwerpunkt der Förderung ist der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur. Ein Fördervorrang wird dabei *regionalen Leitprojekten* mit überörtlicher Ausstrahlung und besonderer Modellhaftigkeit eingeräumt. Ziel ist die strukturelle Verbesserung von Beschäftigungschancen - insbesondere auch für Frauen - im ländlichen Raum. Im Bundesvergleich beispielhaft ist die Einbindung der regionalen Akteure durch Beteiligung von Regionalbeiräten am Auswahlverfahren.

Die Programmlaufzeit ist infolge der engen Verknüpfung des Regionalprogramms mit der Regionalförderung der Europäischen Union zunächst bis 1999 befristet, mit einer Auslauffinanzierung bis 2001. Das Regionalprogramm wurde von der Landesregierung für den Zeitraum 1997 bis 2001 mit 107,5 Millionen Mark ausgestattet. Dazu kommen 35,5 Millionen Mark aus dem EU-Regionalfonds. In 1997 sind davon insgesamt rund 40 Millionen Mark bewilligt worden, vorrangig für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

Die Landesregierung hatte im Jahr 1996 das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* beauftragt, das Regionalprogramm auf seine Ziele, das Auswahlverfahren und die Durchführung der Projektförderung im Zeitraum 1994 bis 1996 hin zu evaluieren. In seinem Mitte 1997 vorgestellten Prüfungsergebnis beurteilt das DIW das Regionalprogramm in seiner Schwerpunktsetzung, in der Struktur, im Verfahren und in den Förderergebnissen grundsätzlich positiv. Nach Einschätzung des DIW ist das Regionalprogramm ein leistungsfähiges Förderinstrumentarium zur nachhaltigen Verbesserung der Entwicklungsbedingungen in den strukturschwachen ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins. Kleinere modifizierende Vorschläge für die Programmabwicklung wurden bereits umge-

setzt.

Im Berichtsjahr wurden diverse Infrastrukturprojekte bewilligt oder zur Bewilligung freigegeben. Einige Beispiele:

- *Zentrum für Energie und Technik (ZET)* in Rendsburg (Zuschuß: rund 8,6 Millionen Mark).
- *Gewerbegebietserschließungen* in den Gemeinden Risum-Lindholm, Hennstedt, Busdorf, Handewitt, Hohenwestedt, Osterönfeld und Süsel sowie in den Städten Schleswig und Kappeln.
- Anpassung der Umschlagsanlagen *Harniskai in Flensburg* an die veränderten Güterverkehrsströme, Ausbau und Instandsetzung des *Fähranlegers Wittdün* (Amrum) und der Neubau des *Fähranlegers Hilligenley* (Hallig Langeneß).
- Schaffung eines Radwanderwegenetzes sowie Umsetzung eines Maßnahmenbündels zum *naturbezogenen sanften Tourismus* zur integrierten Entwicklung in der *Eider-Treene-Sorge-Region*.
- Erarbeitung von *Fremdenverkehrskonzeptionen* in Dithmarschen und der Region Ostholstein/Plön.
- Entwicklung eines *touristischen Informationssystems* für Schleswig-Holstein.
- Bau einer *Kurpromenade* auf einer ehemals militärischen Liegenschaft in *Großenbrode*.

### **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA)* stand 1997 ein Bewilligungsrahmen von rund 68 Millionen Mark zur Verfügung. Neben der im Mittelpunkt stehenden Infrastrukturförderung konzentrierte sich die *einzelbetriebliche Förderung* der GA<sup>1</sup> in erster Linie auf die Konversionsstandorte. Die 1997 eingeführte Förderung *nicht-investiver Unternehmensaktivitäten*, dazu gehören Beratung, Forschung und Entwicklung sowie Humankapitalbildung, soll die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in den GA-Fördergebieten erhöhen.

Zur *GA-Fördergebietskulisse* gehörten 1997 die Kreise Nordfriesland, Dithmarschen,

<sup>1</sup> Zu den Förderergebnissen vgl. Anlage 7

Schleswig-Flensburg, Ostholstein und Herzogtum Lauenburg sowie die kreisfreie Stadt Flensburg und die Insel Helgoland; außerdem der überwiegende Teil der kreisfreien Stadt Lübeck und Ortsteile der Landeshauptstadt Kiel.

### **Sonstige betriebliche Förderung**

Neben der **Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur** stehen für die einzelbetriebliche Förderung in Schleswig-Holstein folgende Förderinstrumente zur Verfügung:<sup>1</sup>

- **Bürgerschaftshilfen des Landes und der Bürgerschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH**
- **Investitionsdarlehen der Investitionsbank (IB)**
- **Stille Beteiligungen der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) und Beteiligungen aus dem des Wagniskapital-Förderprogramm (WKF)**

Diese Finanzierungsinstrumente sind maßgeschneidert für den Mittelstand und können in allen relevanten Finanzierungsbereichen eingesetzt werden. Durch die enge Kooperation der Institute untereinander gibt es kurze Wege und keine bürokratischen Hemmnisse. Besonderes Schwergewicht hat die Landesregierung in den letzten Jahren auf den Ausbau des Förderbereichs *Wagniskapital* gelegt, um besonders innovativen Firmen zu einer erfolgreichen Entwicklung zu verhelfen. Die seit 1994 mit Erfolg arbeitende **Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG)** verfügt mittlerweile über ein Portfolio von 50 Millionen Mark an Unternehmensbeteiligungen. Sie gilt als eine der wachstumsstärksten öffentlichen Beteiligungsgesellschaften in der Bundesrepublik und hat bereits viele Unternehmensgründungen in Schleswig-Holstein ermöglicht. Eindrucksvolles Beispiel einer gelungenen *Seed-Capital-Finanzierung* ist die Firma MobilCom AG Schleswig. Die MBG hat den mittlerweile erfolgreichsten deutschen Mobilfunkanbieter vom Start an über die verschiedenen Entwicklungsabschnitte bis hin zur Börseneinführung im März 1997 mit Risikokapital begleitet.

Bei der **Bürgerschaftsbank** und der **Investitionsbank Schleswig-Holstein** gibt es seit 1997 die Möglichkeit, *Außenwirtschaftsfinanzierungen* mit Bürgerschaften und Sonderdar-

lehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter zu begleiten. Damit hat die Landesregierung auf die immer bedeutender werdende Exportorientierung der Wirtschaft reagiert. Das Angebot ist besonders an kleine und mittlere Unternehmen gerichtet.

### **Konversionspolitik**

Im Rahmen ihrer Konversionspolitik unterstützt die Landesregierung die vom Truppenabbau bei der Bundeswehr betroffenen Regionen und Betriebe bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen.

In Schleswig-Holstein werden derzeit fast **90 Liegenschaften** mit einer Fläche von zusammen mehr als 3.000 Hektar nicht mehr für militärische Zwecke benötigt. Deshalb bildet die rasche zivile Anschlußnutzung dieser Liegenschaften einen konversionspolitischen Schwerpunkt.

Die Landesregierung hat den wehrtechnischen Unternehmen darüber hinaus auch 1997 bei der **Umstellung auf zivile und technologisch anspruchsvolle Produkte** geholfen.

Aus der Gemeinschaftsinitiative **KONVER II** der Europäischen Union erhält das Land Schleswig-Holstein für die Programmlaufzeit 1995 bis 1999 rund 23,3 Millionen Mark. Davon sind 16,1 Millionen Mark für den Ausbau der wirtschaftsnahen - einschließlich der touristischen - Infrastruktur, für die Unterstützung der betrieblichen Konversion sowie für die Umnutzung militärischer Liegenschaften vorgesehen. Die genannten Maßnahmenbereiche werden mit 14 Millionen Mark aus dem Landeshaushalt kofinanziert.

Zur **Finanzierung** von Projekten der Standortkonversion, der betrieblichen Konversion und der Umnutzung militärischer Liegenschaften setzt die Landesregierung darüber hinaus vorhandene Förderinstrumente ein, wie zum Beispiel das Regionalprogramm oder die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Einige der geförderten Konversionsprojekte konnten zwischenzeitlich realisiert werden, wie beispielsweise das *Technik- und Ökologiezentrum Eckernförde* oder das *Bildungszentrum für Tourismus und Gastronomie Husum*. Andere Projekte machten im Jahr 1997 gute Fortschritte:

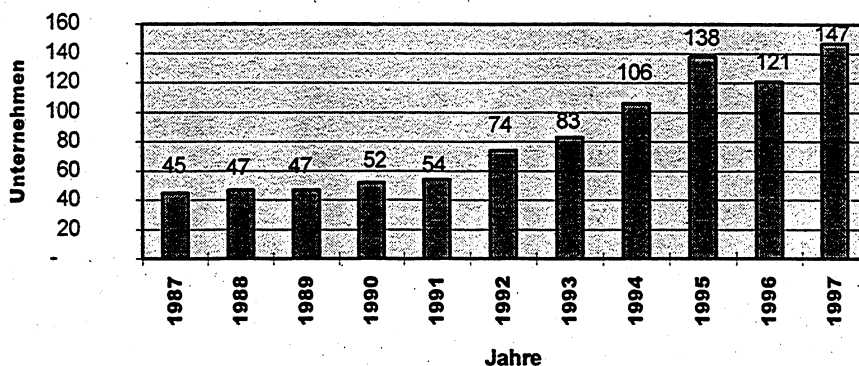
<sup>1</sup> Die einzelbetriebliche Förderung im Rahmen des *Regionalprogramms für strukturschwache ländliche Räume* ist 1996 ausgelaufen.

- Für die Neugestaltung der *Schiffbrücke in Flensburg* konnte die Gesamtfinanzierung gesichert und mit dem Bau begonnen werden.
- Für die geplante tourismusorientierte Umnutzung der ehemaligen *Küstendienstschule in Großenbrode* und die Neugestaltung des *Hafenvorfeldes in Kappeln* wurden wesentliche Voraussetzungen geschaffen.
- Im Rahmen der Wiedernutzbarmachung des *Hörngeländes in der Landeshauptstadt Kiel* - das bedeutendste Konversionprojekt in Schleswig-Holstein - haben die Erschließungsarbeiten begonnen; die Fertigstellung ist für 1998 vorgesehen. Mittelfristig sollen hier bis zu 2200 neue Arbeitsplätze entstehen.

### **Ansiedlungsbilanz 1997**

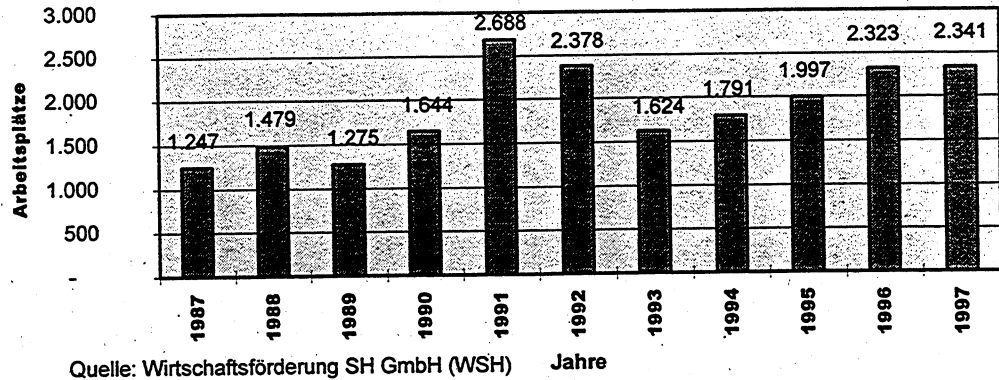
Die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH), die regionalen Wirtschaftsförderinstitutionen, die Investitionsbank des Landes und das Wirtschaftsministerium konnten im Jahr 1997 einen erneuten **Ansiedlungsrekord** erzielen. Insgesamt **147 neue Unternehmen** entschieden sich für den Standort Schleswig-Holstein; **2341 Arbeitsplätze** werden durch die Neuansiedlungen und Unternehmensgründungen entstehen. Damit wurden die herausragenden Ergebnisse der Vorjahre nochmals übertroffen. Etwa die Hälfte der Ansiedlungen sind junge Existenzgründungen, von denen der ganz überwiegende Teil das auf sie zugeschnittene Angebot der Technologie- und Gewerbezentren für die Realisierung ihrer Gründungsvorhaben nutzte. Die Landesregierung wertet dies auch als Erfolg der 1996 gestarteten *Existenzgründungsoffensive* (vgl. hierzu Seite 15 ff.). Die nachfolgenden Grafiken geben einen Überblick über die Ansiedlungsergebnisse der letzten Jahre.

**Die Entwicklung der Unternehmensansiedlungen in den Jahren 1986 - 1996 in Schleswig-Holstein**



Quelle: Wirtschaftsförderung SH GmbH (WSH)

## Die Entwicklung der durch Unternehmensansiedlungen geschaffenen Arbeitsplätze von 1986 - 1996



### **Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg**

Mit dem von den Landesregierungen Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein im Dezember 1996 beschlossenen *Handlungsrahmen für das Regionale Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg (REK)*<sup>1</sup> hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der drei norddeutschen Länder und ihrer Regionen eine neue Dimension erlangt. Die trilateralen Begleitgremien haben ihre Arbeit aufgenommen. Im Vordergrund der Umsetzungsphase des REK steht zunächst die Realisierung regionaler Leitprojekte; derzeit sind 31 Projekte auf zehn Politikfeldern definiert.

Die *wirtschaftspolitische Zusammenarbeit* in der Metropolregion soll durch folgende Leitprojekte intensiviert werden:

- Einrichtung eines Gewerbeflächen-Informationssystems
- Gemeinsame Entwicklung von Gewerbegebieten
- Entwicklung gemeinsamer Akquisitionsunterlagen
- Harmonisierung der Technologie-Informationssysteme
- Tourismusstudie über das Freizeitverhalten in der Metropolregion

<sup>1</sup> Das Regionale Entwicklungskonzept umfaßt

- die Freie und Hansestadt Hamburg,
- in Schleswig-Holstein die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg, Steinburg und den Wirtschaftsraum Brunsbüttel,
- in Niedersachsen die Landkreise Harburg, Stade, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Cuxhaven, Soltau-Fallingb., Uelzen und Lüchow-Dannenberg.

Neu einbezogen wurde das Themenfeld schulische und außerschulische Berufsbildung/Weiterbildung. Außerdem haben sich die drei REK-Länder auf eine Vereinbarung zur Abstimmung bei Ansiedlungsvorhaben großflächiger Einzelhandelseinrichtungen verständigt.

Die neuen Richtlinien für die Vergabe von Mitteln aus den beiden REK-Förderfonds Nord und Süd sind 1997 in Kraft getreten. Aus den Nachfolgefonds des sogenannten *Hamburg-Rand-Fonds* können kommunale Projekte im Rahmen des REK bezuschußt werden.

Am 4. Dezember 1997 hat in Hamburg erstmals die *Regionalkonferenz* stattgefunden, auf der Mitglieder der drei Länderparlamente sowie der Kammern, Gewerkschaften und Verbände über den Umsetzungsstand des REK informiert worden sind.

### **Existenzgründungsoffensive Schleswig-Holstein**

Im Jahr 1996 war der Start der Existenzgründungsoffensive der Landesregierung, im Berichtsjahr 1997 wurden zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Die Offensive verfolgt vier wesentliche Ziele:

- **Ziel 1: Die Motivation zur Selbständigkeit stärken**  
Ein Arbeitskreis unter Federführung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur hat einen umfangreichen Katalog unter dem Motto *Selbständigkeit in die Köpfe* entwickelt.

Forschung und Kultur hat einen umfangreichen Katalog unter dem Motto **Selbständigkeit in die Köpfe** entwickelt. Hierdurch soll die Motivation zur Selbständigkeit bereits im Schul-/Hochschulbereich vermittelt werden. Die Operationalisierung ist im vierten Quartal 1997 angelaufen (Verabschiedung eines Arbeitsplanes für das erste Quartal 1998 durch den Arbeitskreis).

- **Ziel 2: Das vorhandene Informations-, Beratungs- und Serviceangebot verbessern**

Anfang März 1997 wurde ein Leitfaden für Existenzgründerinnen und Existenzgründer unter dem Titel **Selbständig werden** der Öffentlichkeit vorgestellt. Er wird seitdem lebhaft nachgefragt. Der Leitfaden wurde unter Koordination der Landesregierung von der Investitionsbank Schleswig-Holstein entwickelt. Die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, das Landesarbeitsamt und die Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH konnten für eine inhaltliche und finanzielle Begleitung des Projektes gewonnen werden.

Die **Existenzgründerinnenberatung** bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein konnte 1997 um zwei Teilzeitstellen verstärkt werden. Hierfür stellte die Landesregierung einen Betrag von 100.000 Mark zur Verfügung. Seither werden regelmäßige Sprechstage in den verschiedenen Regionen des Landes unter Einbindung lokaler Institutionen durchgeführt. Im Berichtszeitraum konnten insgesamt 826 Frauen beraten werden.

Die **begleitende Beratung** nach erfolgter Existenzgründung soll zukünftig spürbar verbessert werden. Fernziel ist der Aufbau eines tief in die Regionen gestaffelten Netzes freiwillig Helfender. Als ersten Schritt führen die Kammern gegenwärtig eine Bestandsaufnahme der bestehenden Aktivitäten durch.

Investitionsbank und Kammern des Landes haben die 1996 begonnene Reihe **regionaler Existenzgründungstage** wegen des großen Besucherinteresses im Jahr 1997 fortgesetzt. Durch diese Veranstaltungen sollen potentielle Existenzgründerinnen und Existenzgründer auf das reichhaltige Beratungsangebot der einzelnen Institutionen aufmerksam gemacht werden.

Das **Netzwerk technischer Dienstleister im Internet (TD-Netz)** wird auch im Rahmen der Existenzgründungsoffensive genutzt. Dieses von der Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein (ttz) entwickelte Angebot beinhaltet einen Überblick über Informationsveranstaltungen, Finanzierungsangebote, Förderprogramme und sonstige Hilfen. Über das **TD-Netz** wird auch der Zugang zur **Unternehmensbörse der Industrie- und Handelskammern** ermöglicht. Das Angebot soll verstärkt für regionale Anbieter erweitert werden.

Die Technologie- und Gewerbezentren in Schleswig-Holstein sind besonders auf die Bedürfnisse von jungen und innovativen technologieorientierten Unternehmen ausgerichtet. Damit erfüllen sie gleichzeitig die Funktion von **Gründerinnen- und Gründerzentren**. Mit günstigen Flächen, zentralen Diensten und Managementberatung vervollständigen sie das Serviceangebot für Existenzgründungen.

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union für kleine und mittlere Unternehmen (GI-KMU) können aus dem Zuschußprogramm **Markterschließung von Innovationen** freiberufliche Beratungen und innerbetriebliche Schulungen gefördert werden.<sup>1</sup> Diese Förderung ist auf technologisch orientierte Existenzgründungen ausgerichtet, die in aller Regel nicht über die kaufmännischen Erfahrungen zur Erschließung eines Kundenpotentials und zum Aufbau von Vertriebs- oder betriebswirtschaftlichen Kontrollsystemen verfügen.

- **Ziel 3: Das Finanzierungsangebot abrunden**

Ein neues, bundesweit beispielhaftes Kooperationsmodell zwischen der schleswig-holsteinischen Kreditwirtschaft und der Investitionsbank des Landes erleichtert die Bereitstellung von **Kapital für kleine Existenzgründungen**. Diese auf Initiative des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr geschlossene Vereinbarung gilt seit dem 1. Oktober 1997. Die Realisierung einer größeren Zahl von Gründungsvorhaben durch diese Maßnahme

<sup>1</sup> Die Förderung ist möglich in den Zielgebieten 2 und 5b des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Das sind die Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Schleswig-Flensburg sowie Teile von Rendsburg-Eckernförde und der Landeshauptstadt Kiel. Förderleitstelle ist das Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) in Kiel.

wird ab 1998 erwartet.

Neu ist seit 1997 die Möglichkeit, im Rahmen des *Wagniskapital-Förderungsprogramms* auch **Beteiligungen speziell für kleine Existenzgründungen** herauszulegen. Diese Variante wurde von der Landesregierung im Haushaltsjahr 1997 einmalig mit 2 Millionen Mark ausgestattet. Im Berichtsjahr konnten damit zwölf kleinere Existenzgründungen oder -festigungen mit Beteiligungskapital in Höhe von 1,19 Millionen Mark ermöglicht und so 114 Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Eine Fortführung des Programms ist im Rahmen der Möglichkeiten der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) über 1997 hinaus mit einem Korridor von bis zu 1 Million Mark vorgesehen. Das **Existenzgründerinnenprogramm** ist nach Verkündung des Landeshaushalts 1997 angelaufen. Im Berichtsjahr konnten durch Bewilligungen der Investitionsbank Schleswig-Holstein 43 Existenzgründungen ermöglicht werden, die im Schnitt ein Investitionsvolumen von 65.000 Mark pro Fall aufwiesen. Durch diese Gründungen werden zunächst 69 neue Arbeitsplätze entstehen.

- **Ziel 4: Größere Freiräume für Gründungswillige schaffen**  
Bürokratische Hürden, die Existenzgründungsvorhaben unnötig behindern, müssen beseitigt werden. Deshalb hat die Landesregierung eine Untersuchung gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, der Investitionsbank und dem Landesarbeitsamt durchgeführt, die allerdings ergeben hat, daß konkrete **Verwaltungshemmnisse**, die eine größere Zahl von Gründungsvorhaben betreffen, nicht bestehen. Dieses Ergebnis wird durch ein aktuelles Gutachten aus Nordrhein-Westfalen bestätigt. Außerdem werden ab sofort vor jeder Entscheidung der Landesregierung auch die Auswirkungen auf die private Wirtschaft überprüft, was auch den Existenzgründungsvorhaben zugute kommen wird.  
Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst sollen **neue Wege in die Selbständigkeit** aufgezeigt werden. Die Landesregierung wird das bestehende Regelungsgeflecht - wie zum Beispiel die Bestimmungen über Sonderurlaub - flexibilisieren, um existenzgründungswilligen Bediensteten diesen Schritt zu erleichtern.

## Beratungen

### *Beratungen - Unentbehrliche Hilfestellung für den Mittelstand*

Den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Schleswig-Holstein steht ein umfangreiches Beratungsangebot zur Verfügung, das von der Landesregierung gefördert wird.

Für Kurz- und Intensivberatungen im **Handwerk** sind bei den Handwerkskammern, Fachverbänden und Innungen **18 Beraterinnen und Berater** eingesetzt. Einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bildet der Umweltschutz. Die Umweltberatung der Handwerkskammern Flensburg und Lübeck wurde von den Handwerksbetrieben lebhaft in Anspruch genommen; das Angebot ist durch den *Umweltinformationsordner für das schleswig-holsteinische Handwerk* vervollständigt worden.

Die von der *Rationalisierungsgemeinschaft des Handwerks e.V. (RGH)* erarbeiteten Betriebsvergleiche sind eine wertvolle Hilfestellung für die Beratungstätigkeit der Handwerksorganisationen und Unternehmensberatungen. Sie geben einen Überblick über die betriebswirtschaftliche Situation und Produktivität fast aller schleswig-holsteinischen Handwerksbetriebe.

Spezielle **umsetzungsorientierte Beratungsangebote** für kleine und mittlere Unternehmen bietet das *Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW Landesgruppe Schleswig-Holstein)*. Die Beratungen sind insbesondere auf technologieorientierte Betriebe ausgerichtet und zum Teil kombiniert mit inner- und überbetrieblichen Schulungen.

Aus der *Gemeinschaftsinitiative für KMU* der Europäischen Union wird die Erarbeitung und Zertifizierung von Qualitätsmanagement-Systemen, auch in Verbindung mit dem *EU-Öko-Audit* und dem Prädikat *Total-E-Quality*, gefördert. Aus diesem Programm, das vom *RKW* abgewickelt wird und für die *EFRE-Fördergebiete* gilt, wurden 102 Bewilligungen für kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein ausgesprochen.

### *Beratungen für Frauen*

Neben der *Existenzgründerinnenberatung* bei der Investitionsbank (siehe Seite 16) gibt

es in Schleswig-Holstein eine Reihe weiterer frauenspezifischer Beratungen.

Die zehn regionalen *Beratungsstellen Frau & Beruf* unterstützen Frauen bei der Lösung von Problemen, die im Zusammenhang mit der Berufstätigkeit - insbesondere beim Wiedereinstieg nach der Familienphase - stehen. Durch engen Kontakt zu den regionalen Unternehmen soll Frauen der Zugang zur Arbeitswelt oder der Verbleib im Betrieb erleichtert werden. Die Beratungsstellen sollen die Ziele der regionalen Wirtschaftsförderung mit denen der Frauenförderung verknüpfen und sich so zu Zentren der regionalen Frauenförderung im Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt weiterentwickeln.

Die Arbeit der *Existenzgründungsberatung durch das Frauennetzwerk* konzentrierte sich seit Projektbeginn am 1. April 1997 auf den Aufbau eines dezentralen Beratungs- und Betreuungskonzeptes in Husum. Das Frauennetzwerk bietet vor allem arbeitslosen Frauen und Sozialhilfeempfängerinnen ein niedrigschwelliges, ganzheitliches Beratungs- und Betreuungsangebot. Durch Einzelberatungen, themenspezifische Seminare und den Aufbau von Patenschaften und Vernetzungsstrukturen soll den Frauen der Einstieg in die berufliche Selbständigkeit ermöglicht werden.

Für Frauen im ländlichen Raum ist eine Teilnahme am Erwerbsleben durch familiäre Verpflichtungen und lange Verkehrswege außerordentlich schwierig. Um Arbeitsplatzalternativen in erreichbarer Nähe in Teilzeit zu schaffen, unterstützt die Landesregierung den Aufbau von *Servicebörsen*. In den sieben im Jahre 1997 gegründeten Servicebörsen arbeiten Frauen als eigenverantwortliche Unternehmerinnen, die sich durch ein gemeinsames Zentralbüro, in dem alle Aufträge eingehen, organisieren. Die Anbieterinnen orientieren sich flexibel an den Dienstleistungsbedürfnissen der Region.

## **Außenwirtschaftsförderung**

Die Außenwirtschaftsförderung der Landesregierung unterstützt die mittelständischen Unternehmen bei der Erschließung von Auslandsmärkten, insbesondere in den Wachstumsregionen der Welt. Wichtigste Ziele sind die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der im Ausland bereits engagierten Unternehmen und die Mobilisierung

vorhandener Exportpotentiale. Letzteres ist besonders wichtig angesichts der derzeit im Bundesvergleich noch unterdurchschnittlichen Exportquote der schleswig-holsteinischen Wirtschaft (Bund: 31,8 Prozent, Land: 29,5 Prozent) und der insgesamt zunehmenden Exportabhängigkeit.

Zentrales Instrument ist in diesem Bereich das *Außenwirtschafts- und Messeförderprogramm des Landes*, das durch die *Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH)* abgewickelt wird. Im Jahr 1997 standen 1,0 Millionen Mark an Landesmitteln zur Verfügung.

Die Schwerpunkte in der Förderung blieben unverändert: Im Rahmen der Messeförderung wurden 842.000 Mark, für Kooperationsbüros im Ausland 149.000 Mark an Zuschüssen bereitgestellt. Insgesamt konnten 170 Förderanträge bewilligt werden.

## **Schiffbau**

Das anhaltende Wachstum im Weltschiffbau schlug sich auch bei den deutschen Seeschiffswerften im Jahr 1997 positiv nieder. Die weltweite Schiffbauproduktion lag in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die deutschen Werften lagen mit einem Marktanteil von 5,5 % hinter Japan (38 %) und Korea (24 %) weiterhin auf dem 3. Rang der Schiffbauländer.

Im Sog dieser Entwicklungen hat sich auch der schleswig-holsteinische Schiffbau mit seinen 10 Seeschiffswerften positiv entwickelt. Der Schwerpunkt der Produktion lag erneut bei Containerschiffen aller Größenordnungen. Die Werft HDW in Kiel konnte mit dem Auftrag zum Bau eines Kreuzfahrtschiffes den Wiedereinstieg in dieses interessante Marktsegment aktiv umsetzen. Die kleineren Werften nutzten bestehende Marktnischen und waren in der Akquisition von spezieller Tonnage erfolgreich.

Insgesamt wurde bei den Auftragseingängen der schleswig-holsteinischen Werften ein leichter Zuwachs erreicht, der zu einem Auftragsbestand auf Vorjahresniveau führte. Bis auf wenige Ausnahmen dürfte damit die Jahresproduktion für 1998 abgesichert sein, so daß Kurzarbeit in nennenswertem Umfang in dieser Branche vorerst nicht zu erwarten ist. Trotz dieser insgesamt positiven Entwicklung haben die Werften die Kapazitäten betriebswirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt und nochmals rund 300 Dauerarbeitsplätze abge-

baut. Im Jahresdurchschnitt gab es 6.100 Beschäftigte auf Schleswig-Holsteins Werften.

Auch bei der vergleichsweise günstigen Ausgangslage wird mittelfristig nicht mit einer Entspannung der Beschäftigungssituation gerechnet. Während sich die Nachfrage nach Neubauten weltweit stabilisiert hat, verhindern Kapazitätserweiterungen in Fernost und neu in den Markt drängende Wettbewerber ein für alle Werften auskömmliches Preisniveau. Neben den bestehenden Wettbewerbsverzerrungen durch höhere staatliche Hilfen in anderen Ländern, die durch das Ausbleiben des OECD-Abkommens nicht beseitigt wurden, wird sich der Wettbewerb durch die Wechselkursentwicklungen noch weiter verschärfen. Die negativen Auswirkungen des Konkurrenzkampfes zwischen Japan und Korea auf das in US-Dollar zu messende Preisniveau werden sich durch die drastischen Abwertungen des Yen und des Won noch verstärken. Die gleichzeitige Abwertung der Deutschen Mark in Relation zum US-Dollar ist zu gering, um den fernöstlichen Währungsverfall zu kompensieren. Die verbesserte Produktivität vorhandener Werftanlagen und die Nutzung ehemaliger Marineschiffs-Neubaukapazitäten für den zivilen Schiffbau werden eine weitere Zunahme des Wettbewerbs und damit einen erhöhten Preisdruck bewirken.

Vor dem Hintergrund, daß die derzeitige Schiffbauförderung auf europäischer Ebene fortbesteht und insbesondere Großschiffbau nach wie vor nicht kostendeckend zu betreiben ist, hält es die Landesregierung für geboten, das laufende **Wettbewerbshilfeprogramm** nochmals mit einem Volumen von insgesamt 33 Millionen Mark zu verlängern. Damit können die Voraussetzungen für neue Vertragsabschlüsse bis Ende 1998 geschaffen werden.

Das Land wird sich trotz schwieriger Haushaltssituation 1998 mit 22 Millionen Mark an dieser neuen Tranche beteiligen und damit die Beschäftigung der Werften für mindestens ein weiteres Jahr absichern. Die norddeutschen Küstenländer haben kritisiert, daß sich die Bundesregierung erneut nur mit einem Drittel an der Wettbewerbshilfe beteiligt. Die Länder fordern einen Bundesanteil von 50 Prozent.

Aus der vorangegangenen Tranche mit einem Volumen von 270 Millionen Mark hat das Land insgesamt 30 Millionen Mark Wettbewerbshilfen (Landesanteil) gezahlt und unter Einbeziehung des Bundesanteils ein Auftragsvolumen von rund 750 Millionen Mark

gesichert.

Die Landesregierung hat darüber hinaus die Schiffbauindustrie im Jahr 1997 auch mit Hilfe des Bürgschaftsinstrumentariums gefördert. Das Land übernahm Ausfallbürgschaften für Schiffs- und Werftkredite mit einem Obligo von insgesamt 350 Millionen Mark.

## **Tourismuspolitik**

Die Landesregierung hat dem Schleswig-Holsteinischen Landtag im September 1997 einen Tourismusbericht vorgelegt. Auf Basis einer umfangreichen Analyse der derzeitigen Marktsituation wird darin die große wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus in Schleswig-Holstein verdeutlicht, seine Entwicklungspotentiale aufgezeigt sowie auf Handlungsnotwendigkeiten für Wirtschaft, Kommunen und Verbände hingewiesen.

Im Berichtsjahr wurden wichtige tourismuspolitische Maßnahmen umgesetzt oder eingeleitet:

- Umsetzung der Qualitäts- und Dienstleistungsoffensive im Tourismus Schleswig-Holsteins (Beispiel: Aktion des Tourismusverbandes *Urlaub für Leib und Seele*)
- Ausbau des Informations- und Reservierungssystems
- Förderung touristischer Entwicklungskonzepte in Dithmarschen und in Ostholstein/Plön
- Beteiligung am Bundeswettbewerb „umweltfreundliche Fremdenverkehrsorte in Deutschland“
- Förderung der Gesundheitsadresse Schleswig-Holstein: Aktionsplan „Vorsorge- und Rehabilitationsstandort Schleswig-Holstein; Gütesiegel für Kurorte“
- Förderung von Radwanderprojekten
- Förderung einer Tourismus-Studie über das Freizeitverhalten in der Metropolregion Hamburg
- Initiativen zum Erhalt des Tax-Free-Handels
- Aktivitäten zur Nutzung der touristischen Chancen der EXPO 2000
- Regelung des Diskussionsprozesses zum Synthesebericht „Ökosystemforschung Wattenmeer“

- Konzept zur Beendigung der Strandbe- parkung in St. Peter-Ording
- Förderung des Zentrums für Wattenmeer- Monitoring in Tönning

Ein Meilenstein für den Tourismus in Schles- wig-Holstein war 1997 das *neue Organisa- tionskonzept der Tourismusverbände* mit einer einheitlichen Werbung unter der *Dachmarke Schleswig-Holstein* und einem *Corporate Design*.

Für Qualitätsverbesserungen in der touristi- schen Infrastruktur hat die Landesregierung im Berichtsjahr 13,7 Millionen Mark aus ver- schiedenen Förderprogrammen bereitgestellt. Beispielhafte Förderprojekte waren die Strandbrücke in St. Peter-Ording, die Prom- enade „Schiffbrücke“ in Flensburg, die Strand- promenade in Grömitz, die Nordseehalle auf Helgoland, der Neubau der Kurverwaltung in Timmendorfer Strand sowie Zimmervermitt- lungssysteme in verschiedenen Tourismus- orten.

Darüber hinaus wurden Investitionen des Hotel- und Gaststättengewerbes, überregio- nale Marketingaktivitäten der Tourismusver- bände und zahlreiche nicht-investive Touris- musprojekte mit insgesamt 5,7 Millionen Mark gefördert.

## Technologiepolitik

### Ziele

Die Technologie- und Innovationspolitik der Landesregierung ist darauf ausgerichtet, die *technologische Kompetenz* der Unternehmen zu stärken, *Innovationsprozesse* anzustoßen und die Umsetzung neuer Erkenntnisse in *marktfähige Produkte und Dienstleistungen* zu unterstützen und zu beschleunigen. Um- feld und Anforderungen des Technologie- Transfers haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Die inhaltlichen Anforderun- gen gehen weit über reine Transfer- Dienstleistungen hinaus. Neben den Tech- nologiefragen spielen Aspekte wie Finanzie- rungssicherung, Projektmanagement, Qualifi- zierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Anpassung der Arbeitsorganisation und Un- terstützung bei Marketing und Vermarktung eine immer größere Rolle.

Das heutige **Technologie-Transfer-Netz**, bestehend aus den Kernelementen

- Technologiestiftung Schleswig-Holstein,
- Technologie-Transfer-Zentrale (ttz),
- Technologiezentren,
- Technologie-Transfer-Beauftragte an den Fachhochschulen und der Universität Kiel

wird laufend aktuellen Anforderungen ange- paßt. Die Landesregierung hat für eine Eva- luierung des Transfersystems einen Betrag von 200.000 Mark für die Jahre 1997 und 1998 bereitgestellt, um Ansatzpunkte für eine weitere Verbesserung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes sowie der Zusam- menarbeit der Institutionen untereinander zu erhalten.

### Ausbau der technologischen Infrastruktur

Auch 1997 konnte die flächendeckende Ver- sorgung Schleswig-Holsteins mit **Technolo- giezentren** weiter ausgebaut werden. In Itzehoe wurde das *Innovationszentrum Itzehoe (IZET)* eröffnet, das gleichzeitig *Technolo- gie-Broker* für den Bereich der Mikrosys- temtechnik in Schleswig-Holstein ist und eng mit dem benachbarten *Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISiT)* zusammen- arbeitet. Das *Centrum für angewandte Technologien* in Meldorf befindet sich im Bau und wird voraussichtlich 1998 eröffnet werden. In Rendsburg entsteht das *Zentrum für Energie und Technik (ZET)*. Das *Technik- und Ökologiezentrum Eckernförde (TÖZ)* wird weiter ausgebaut.

Kernpunkt der **Technologie-Initiative Schleswig-Holstein** ist die gezielte Förde- rung von besonders zukunftssträchtigen Tech- nologiebereichen wie Biotechnologie, Mikro- systemtechnik, Software-Engineering, Infor- mations- und Kommunikationstechnik sowie Medizintechnik. Vier Technologiezentren und die Technologie-Transfer-Zentrale nehmen als *Technologie-Broker* Marketing- und Vermittlungsaufgaben wahr. Für diese Initiative hat die Landesregierung insgesamt 1,6 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Die Landesregierung hat 1997 ein **IuK- Handlungskonzept** beschlossen, um den Einsatz von Informations- und Kommunikati- onstechnologien in allen gesellschaftlichen Bereichen zu intensivieren.

#### Ziele des luK-Konzeptes der Landesregierung

- Zukunftsorientierte Arbeitsplätze schaffen und erhalten.
- Aus- und Weiterbildung dem technischen Wandel anpassen.
- Chancen für einen besseren Umweltschutz nutzen.
- Öffentliche Dienstleistungen effizienter und bürgerfreundlicher gestalten
- Grenzüberschreitende Kommunikation im Ostseeraum verbessern.

Von den über 50 Projekten des luK-Konzeptes sind viele bereits erfolgreich angelaufen. So nehmen zum Beispiel am Projekt Telearbeit mehr als 20 Unternehmen teil, um diese neue Arbeitsform zu erproben. Sie erhalten dabei Unterstützung in organisatorischen, technischen, arbeits- und haftungsrechtlichen Fragen. Mit sozialwissenschaftlicher Begleitung werden parallel die sozialen Auswirkungen, die Arbeitsorganisation und die Qualifikationsanforderungen - auch unter Berücksichtigung gleichstellungspolitischer Zielsetzungen - untersucht.

Ende 1996 wurde Schleswig-Holstein im Rahmen der Initiative RISI (*Regional Information Society Initiative*) als eine von 22 Regionen ausgewählt, die von der EU auf ihrem Weg in die Informationsgesellschaft gefördert werden. Ziel der daraufhin ins Leben gerufenen Initiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein ist die Entwicklung eines Strategie- und Aktionsplans zur Gestaltung der Informationsgesellschaft im Land unter vielfältiger Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen in den Diskussionsprozeß. Ein hochrangig besetzter Lenkungsausschuß unter Leitung der Ministerpräsidentin hat Mitwirkende in sechs Strategiegruppen entsandt, die den Strategie- und Aktionsplan mitentwickeln. Erste Arbeitsergebnisse liegen vor. Im Rahmen der europäischen RISI Konferenz am 24./25.11.97 in Lübeck hat ein vielbeachteter Meinungsaustausch mit Vertretern der Partnerregionen stattgefunden.

#### Beispielhafte Projekte der Technologieförderung

Im Rahmen des im Juli 1997 angelaufenen Innovationsassistentenprogramms stellt die Landesregierung in den Jahren 1997 und 1998 jeweils eine Million Mark aus Mitteln der

Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* zur Verfügung. Gefördert wird die Ersteinstellung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen in kleinen und mittleren Unternehmen, um deren Innovationskraft zu stärken. Gleichzeitig wird hierdurch ein Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Akademikerinnen und Akademikern geleistet. Um die Chancen von qualifizierten Frauen zu verbessern, wird für die Einstellung von Hochschulabsolventinnen ein erhöhter Zuschuß gewährt. Das Programm wurde sehr schnell von den Unternehmen angenommen.

Die Landesregierung hat die Beteiligung von schleswig-holsteinischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen an Gemeinschaftsständen auf fünf wichtigen **Technologiemessen** in Deutschland, unter anderem CeBIT und Hannover Messe, gefördert. Besonders für kleine und junge Unternehmen bildete die durch die Förderung ermöglichte Messteilnahme eine wichtige Hilfe für den Markteinstieg.

Die mit der **betrieblichen Technologieförderung** beauftragte *Technologie-Transfer-Zentrale Schleswig-Holstein GmbH* (ttz SH) hat im Berichtsjahr 26 Projekte, davon zehn Projekte erstmalig im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe *Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur*, unterstützt. Gefördert wurden Unternehmen, die aufgrund ihrer finanziellen und personellen Voraussetzungen nicht aus eigener Kraft in der Lage waren, technische Innovationen zu entwickeln und in den Markt einzuführen. Die Zuschüsse beliefen sich auf insgesamt rund 7,1 Millionen Mark bei einem Projektvolumen von etwa 19,3 Millionen Mark.

Herausragendes Projekt im Bereich der **Förderung moderner Technologien** war das Vorhaben zur Entwicklung eines modularen Mikroanalyse-systems im Wege einer Kooperation von zwei mittelständischen Unternehmen mit dem Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie (ISIT). Durch dieses Projekt wird der Ansbuch zu einem *Quantensprung* in der Medizintechnik gegeben und die Bereiche Mikrosysteme, Mikrofluidik und Mikrooptik für die schleswig-holsteinische Wirtschaft nutzbar gemacht.

Aus dem Landes-Programm zur **wirtschaftsnahen Forschung** wurden 1997 drei neue Projekte gefördert:

#### Innovationsnetzwerk Nord

- Gesamtkosten: 1,9 Millionen Mark
- Zuschuß: 1,33 Millionen Mark.

- Ziel: Aufbau eines regionalen Innovationsnetzwerkes mit Schwerpunkt im Technologiefeld *Software* zur Stärkung des Technologietransfers. Das Modellprojekt wird den gesamten nördlichen Landesteil mit Nordfriesland, Schleswig und Flensburg umfassen.

#### Modulintegration

- Gesamtkosten: 7,2 Millionen Mark
- Zuschuß: rund 3,6 Millionen Mark.
- Ziel: Aufbau einer neuen Abteilung für Modulintegration und Gehäuse-technik großflächiger Mikrosysteme (MGB) im ISiT Itzehoe.

#### Aufbau einer Packaginglinie

- Gesamtkosten: rund 1,0 Millionen Mark
- Zuschuß: 0,85 Millionen Mark.
- Ziel: Aufbau einer Fertigungslinie von Gehäusetechnik für Mikrosysteme und Sensoren zur Herstellung von Pilot- und Musterserien

Im September 1997 wurde mit der **TEMIC SEMICONDUCTORS ITZEHOE GmbH** die erste Chip-Fabrik in Schleswig-Holstein eingeweiht. TEMIC ist industrieller Betreiber für die Produktionslinie des ISiT-Instituts. Hier arbeiten Industrie und Forschung in einer Schlüsseltechnologie beispielhaft zusammen. Durch das Engagement von TEMIC wurden in Itzehoe 120 neue, hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen; weitere sind geplant.

Die Förderung der Beratung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Bereich moderner Technologien und bei Strukturveränderungen war 1997 auf fünf Vorhaben konzentriert. Schwerpunkte der Projekte waren Arbeitsschutz, IuK-Techniken und Änderung von Arbeitsablaufprozessen in Unternehmen.

#### Technologietransfer im Hochschulbereich

Die Hochschulen und Forschungsinstitute in Schleswig-Holstein haben dem Technologietransfer eine zunehmend große Bedeutung beigemessen. Auch 1997 hat es eine Vielzahl von Kooperationen zwischen ihnen und der Wirtschaft gegeben.

In den Hochschulen des Landes sind 1997 neue Maßnahmen im Bereich des Technologietransfers ergriffen worden:

- In Flensburg plant die Fachhochschule, eine Gesellschaft für den Technologietransfer zu gründen. Eine Studie dafür liegt vor.

- In Lübeck befindet sich die Projekt-GmbH für den Technologietransfer im Aufbau; sie wurde im Mai 1997 an der Fachhochschule gegründet.
- Das CIM-Technologietransferzentrum an der Fachhochschule Kiel und die 1995 gegründete *Kieler Forschungs- und Entwicklungszentrum FH Kiel GmbH* haben 1997 das „Simulationszentrum der FH Kiel“ eingerichtet, in dem alle Aktivitäten der Hochschule im Bereich der Computersimulation gebündelt werden.
- An der Medizinischen Universität Lübeck (MUL) entsteht die Initiative „Multimedia-Entwicklungszentrum Schleswig-Holstein“ (MESH Lübeck)\*, an der verschiedene Institute der MUL, der Fachhochschule Lübeck und das Tonstudio der Musikhochschule beteiligt sind bzw. werden sollen. Ziel ist die Förderung der Anwendung und Entwicklung moderner Kommunikations- und Informationsverarbeitungssysteme auf der Basis digitaler Telekommunikationsdienste und multimedialer Computersysteme. Das MESH soll als Zentrum und Forum für Anwender, Hersteller, Lehre, Wissenschaft und Politik dienen.
- Die Planung für ein Kompetenzzentrum „Verlässliche Telekommunikationssysteme“, dies ist eine Initiative aus der MUL unter Beteiligung des Fraunhofer-Instituts für Informations- und Datenverarbeitung, wurde fortgeführt. Im Rahmen der Initiative MESH Lübeck werden zur Zeit Möglichkeiten zur Realisierung geprüft.

## Berufliche Qualifizierung und Weiterbildung

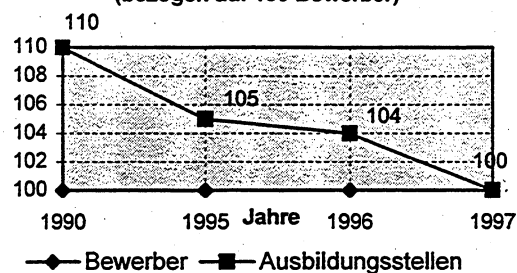
Technische Innovationen und Veränderungen in der Arbeitsorganisation erfordern kontinuierliche Qualifizierungsprozesse. Neben den fachspezifischen Kenntnissen stehen heute Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, Handlungskompetenz oder lebenslange Lernfähigkeit immer mehr im Vordergrund. Es ist die Aufgabe der Wirtschaft, entsprechende Qualifikationsstrukturen zu schaffen. Die Landesregierung unterstützt den Aufbau dieser Strukturen.

#### Ausbildungsplatzsituation 1997

In Schleswig-Holstein gab es statistisch gesehen auch im Jahr 1997 immer noch knapp mehr Ausbildungsstellen als Bewerberinnen

und Bewerber. An der Entwicklung dieses Verhältnisses läßt sich jedoch auch ablesen, daß sich die Ausbildungssituation seit 1995 immer mehr zugespitzt hat.

Verhältnis Bewerber: Ausbildungsstellen in SH  
(bezogen auf 100 Bewerber)



Während im Jahr 1991 noch 22.700 *Ausbildungsverträge* neu abgeschlossen wurden, waren es 1996 nur noch 18.800. Gleichzeitig steigt die Zahl der *Schulabgänger* wieder an: 1994 verließen 25.000 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein; 1997 waren es schon 27.000. Bis zum Jahr 2010 wird die Zahl der Schulabgänger um mehr als ein Drittel auf 36.000 ansteigen. In den anderen westdeutschen Ländern gibt es vergleichbare Entwicklungen.

Im Ausbildungsjahr 1996/97 haben sich 20.777 junge Menschen um einen Ausbildungsplatz beworben. Ihnen wurden über die Arbeitsverwaltung 20.919 Ausbildungsplätze angeboten. Nach dem vorläufigen Endergebnis der zuständigen Stellen wurden 19.582 *Ausbildungsverträge* neu abgeschlossen. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 4,08 Prozent. Ende September 1997 suchten noch 835 junge Leute einen Ausbildungsplatz. 810 gemeldete Ausbildungsplätze waren noch nicht besetzt.

Die Statistik des Bundesinstitutes für Berufsbildung gibt Aufschluß über die abgeschlossenen betrieblichen *Ausbildungsverträge*:

Neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse im dualen System 1997

	Zuständige Stelle	1997	1996	Veränderungen gegenüber 1996	
				absolut	in %
(1)	Industrie- und Handelskammern insgesamt	8.193	7.670	+ 523	+ 6,82
(2)	Handwerkskammern insgesamt	7.545	7.322	+ 223	+ 3,05
(3)	Agrarwirtschaft (-bereich)	737	578	+ 159	+ 27,51
(4)	Freie Berufe insgesamt	2.164	2.315	- 151	- 6,52
(5)	Öffentlicher Dienst insgesamt	619	621	- 2	- 0,32
(6)	Städtische Hauswirtschaft	297	289	+ 8	+ 2,77
(7)	Seeschifffahrt	27	19	+ 8	+ 42,11
Schleswig-Holstein insgesamt		19.582	18.814	+ 768	+ 4,08

**Bündnis für Ausbildung '97 - eine Bilanz**

Das „Bündnis für Ausbildung 1997“, getragen von Kammern und Verbänden, der Deutschen Angestelltengewerkschaft, dem Landesarbeitsamt und der Landesregierung, hatte sich 400 zusätzliche Ausbildungsverträge zum Ziel gesetzt. Es wurden über 750, das ist ein Erfolg des Bündnisses. Alle im „Bündnis für Ausbildung 1997“ zusammengeschlossenen Akteure haben eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet und dieses positive Ergebnis ermöglicht.

Zentrale Aktionen waren:

- Verstärkte Akquisition zusätzlicher Ausbildungsbetriebe durch Kammern und Verbände.
- Gründung eines Ausbildungsverbundes.
- Maßnahmen zur praxisgerechteren Organisation des Berufsschulunterrichtes und zur Verbesserung der Lernortkooperation zwischen der überbetrieblichen Ausbildung und der Berufsschule.
- Verstärkung der berufsvorbereitenden Aktivitäten in den allgemeinbildenden Schulen.
- Vier Regionalkonferenzen des Ministers für Wirtschaft, Technologie und Verkehr mit rund 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Das Projekt „Regionale Ausbildungsbetreuung“ unterstützt junge Menschen bei der persönlichen Berufswegplanung und berät

Jugendliche, Eltern und Betriebe in Konfliktsituationen vor und während der Ausbildung. Ausbildungsabbrüche oder der generelle Ausstieg aus der beruflichen Erstqualifizierung sollen so verhindert werden. Landesweit sind heute zehn Ausbildungsbetreuerinnen und -betreuer tätig. Das Projekt wird bis Ende 1999 fortgesetzt.

Durch „Ausbilden im Verbund“ werden neue Wege der Berufsausbildung beschritten. Insbesondere kleinen Betrieben, zum Beispiel aus der Informations- und Kommunikationsbranche, soll die Chance zur Ausbildung eröffnet werden, indem sie mit anderen Unternehmen kooperieren. Auf Initiative der Industrie- und Handelskammer zu Flensburg wurde der Trägerverein „Ausbilden im Verbund e.V.“ gegründet. Das Wirtschaftsministerium fördert die durch die Verbundausbildung zusätzlich entstehenden Organisationskosten für 30 Ausbildungsverhältnisse drei Jahre lang mit je 2.500 Mark pro Jahr.

Zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft im Handwerk unterstützt das Wirtschaftsministerium die **überbetriebliche Lehrlingsunterweisung**. Sie ist Bestandteil der betrieblichen Ausbildung und sichert eine vergleichbare Lehrlingsausbildung auf hohem Niveau. 1997 stellte die Landesregierung dafür 4,5 Millionen Mark an Fördermitteln zur Verfügung.

Ein Modernisierungsprogramm **an berufsbildenden Schulen** hat die Landesregierung im Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe **Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur** aufgelegt. Die Modernisierungsprojekte be-

treffen überwiegend Informations-, Kommunikations- und andere neue Technologien. Das bis 1999 laufende Programm umfaßt 20 Schulen an 11 Standorten, Gesamtinvestitionen von 8,25 Millionen Mark und Fördermittel des Wirtschaftsministeriums von insgesamt 4,133 Millionen Mark.

Zur weiteren Modernisierung des Netzes von **Berufsbildungsstätten** hat die Landesregierung 1997 Investitionszuschüsse in Höhe von 3,1 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

### **Weiterbildung**

Auf dem Gebiet der Weiterbildung standen 1997 vier Bereiche im Mittelpunkt:

- Verbesserung der Weiterbildungsinformation
- Qualifizieren statt entlassen
- Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen
- Selbstlernzentrum Multimedia

Die Auswertung der 1997 abgeschlossenen Modellprojekte **Weiterbildungsmakler**, **Weiterbildungsverbände** und **Zertifizierung eines Weiterbildungsträgers** hat Handlungsbedarf auf drei Feldern erkennbar werden lassen: Verbesserung der Information und Beratung, Verbesserung der Kooperation und Koordination sowie die Verbesserung der Qualitätsentwicklung.

Das Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr beteiligt sich an einem bilateralen Bund-Länder-Projekt des **Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung** zur weiteren Entwicklung von Qualitätsstandards. Anfang des Jahres 1998 wird das Ministerium ein Weiterbildungskonzept vorlegen, das die drei Handlungsfelder berücksichtigt und Eckwerte für die mittelfristige Förderung der Weiterbildungsinfrastruktur aufzeigt.

Im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) - besser bekannt als Meister-BAföG - wurden im Berichtsjahr 1.297 Anträge gestellt. Das Land hat für die Durchführung des Gesetzes 1,04 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Mit Hilfe der Mittel aus dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz konnten Fortbildungen zum Meister/zur Meisterin oder zum Fachwirt/zur Fachwirtin gefördert werden.

### **Wirtschaftsbezogene Hochschul-Studiengänge**

Der Schwerpunkt des Ausbaus der Hoch-

schulen in Schleswig-Holstein lag in den letzten Jahren bei den technischen Fächern, insbesondere an den Fachhochschulen und der Technischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität in Kiel.

### **Das Angebot an wirtschaftsbezogenen Studiengängen wurde weiter vergrößert.**

An der **Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg, Universität** hat die Flensburger Wirtschaft im Jahr 1997 eine Stiftungsprofessur „Betriebswirtschaftslehre kleiner und mittlerer Unternehmen“ geschaffen und die Finanzierung für drei Jahre sichergestellt.

Die Vorbereitungen für die Einrichtung des Studiengangs für das Lehramt an beruflichen Schulen, Fachrichtungen Metallbau und Elektrotechnik, der in Zusammenarbeit mit der **Fachhochschule Flensburg** durchgeführt wird, konnten abgeschlossen werden. Die nötigen Berufungen sind erfolgt. Für das zum Wintersemester 1997/98 beginnende Studium haben sich 40 Studienanfänger eingeschrieben.

Die **Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg (BWH)**, die **Fachhochschule Flensburg** und die **Handelshochschule Syd, Sønderborg** haben zum Wintersemester 97/98 einen deutsch-dänischen Studiengang Energie- und Umweltmanagement eingerichtet. Die BWH hat dafür von der Energiestiftung Schleswig-Holstein eine Stiftungsprofessur (C 4) für „Volkswirtschaft, Energie- und Ressourcenwirtschaft“ erhalten, die Fachhochschule Flensburg eine Stiftungsprofessur (C 3) für die „Entwicklung und Bewertung energietechnischer Systeme“.

Die Fachhochschule Westküste in Heide hat die Stiftungsprofessur für den Schwerpunkt „Tourismus“ im Studiengang Betriebswirtschaft zum 1.9.1997 besetzen können.

## **Verkehrspolitik für Schleswig-Holstein**

### **Europäische Verkehrspolitik**

1997 haben die Arbeiten zur Weiterentwicklung der EU-Leitlinien für den Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes begonnen. Ziel ist ein multimodales Verkehrssystem, insbesondere unter Einbeziehung der zur Zeit noch nicht integrierten Seehäfen. Ei-

ne von der EU-Kommission im April 1997 vorgelegte Mitteilung zur *Entwicklung einer kooperativen gesamteuropäischen Verkehrsnetzpolitik* ist im gleichen Monat in der Konferenz der Ostseeanrainerstaaten in Berlin und anschließend während der 3. Paneuropäischen Verkehrskonferenz im Juni 1997 in Helsinki beraten worden. Die Landesregierung sieht hierin eine **Stärkung des nordeuropäischen EU-Raumes** - insbesondere der Ostseeregion - und eine Förderung des gut funktionierenden, umweltfreundlichen Ostsee-Schiffsverkehrs.

### **Schienenwege**

Die Landesregierung will den öffentlichen Verkehr - insbesondere den Schienenverkehr - stärken.

Zu den wichtigsten Schienenverkehrsprojekten in Schleswig-Holstein ergibt sich folgender Stand:

- **AKN-Ausbau**  
Auf der Achse zwischen Kaltenkirchen und Hamburg-Eidelstedt wird die Strecke im wesentlichen zwischen Ulzburg-Süd und südlich Kaltenkirchen sowie zwischen Hamburg-Eidelstedt und Hamburg-Schnelsen zweigleisig ausgebaut. Im Abschnitt Ulzburg-Süd - Kaltenkirchen haben die Bauarbeiten Ende 1996 begonnen. Sie werden voraussichtlich zur Jahresmitte 2000 abgeschlossen sein.
- **Elektrifizierung der Ausbaustrecke Hamburg - Lübeck (- Puttgarden) und Lübeck/Hagenow-Land - Rostock - Stralsund**  
In einer ersten Stufe wird die Elektrifizierung der Teilstrecke Hamburg - Lübeck als Vorlaufprojekt für die im Bundesverkehrswegeplan als länderübergreifendes Projekt ausgewiesene Ausbaustrecke Hamburg - Kopenhagen vorgeplant. Die Maßnahme soll aus Mitteln des Bundes-schienenwegeausbaugesetzes finanziert werden. Die Elektrifizierung dieser Teilstrecke ist auch Voraussetzung für den elektrischen Lückenschluß zwischen Lübeck und Bad Kleinen. Das Projekt wird unterstützt durch die Wirtschaftlichkeitsrechnung, die die DB AG zur Jahresmitte 1997 in ihren Grundzügen vorgestellt hat.
- **Ausbaustrecke Pinneberg - Elmshorn**  
Der zweigleisige Abschnitt Pinneberg-Elmshorn stellt einen gravierenden Engpaß in der Infrastruktur des norddeutschen Raumes dar. Die Engpaßsituation

ergibt sich aus der Bündelung der Personen- und Güterzüge von den verzweigten Strecken Richtung Westerland, Kiel/Flensburg sowie dem Diesel-S-Bahn-Betrieb Pinneberg-Elmshorn als Fortsetzung der Gleichstrom-S-Bahn aus Richtung Hamburg. Hinzu kommen insbesondere zusätzliche Güterverkehre aus Skandinavien infolge der festen Querungen (Großer Belt, Öresund). Nachdem durch signaltechnische Maßnahmen (Blockverdichtung) erste Kapazitätserhöhungen erreicht wurden, sind für den Zeitraum von 1998 bis 2002 Umbaumaßnahmen am Bahnhof Elmshorn und der Bau eines Überholungsgleises in diesem Bereich geplant. Für den Folgezeitraum von 2003 bis 2007 ist die verschränkte Dreigleisigkeit dieser Teilstrecke vorgesehen. Schleswig-Holstein bemüht sich um eine kurzfristigere Realisierung.

- **Stand laufender Ausbaumaßnahmen**  
Auf der elektrifizierten Bahnstrecke Hamburg - Büchen - Berlin (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 2) mußten die Pläne für die vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen von der Deutschen Bahn AG überarbeitet werden. Dies ist erforderlich geworden, weil das Bundesverwaltungsgericht den von der Deutschen Bahn AG der Planung zugrunde gelegten Abschlag vom Lärmgrenzwert bei Schleifen der Gleise nicht anerkannt hat. Die erforderlichen Planfeststellungsbeschlüsse sind vom Eisenbahn-Bundesamt erlassen worden.  
Für den Ausbau der Bahnstrecke Lübeck / Hagenow-Land - Rostock - Stralsund (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 1) ist für die Teilstrecke Lübeck - Herrnburg (Landesgrenze) das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen.  
Für die Elektrifizierung der Strecke Elmshorn - Itzehoe ist das Planfeststellungsverfahren ebenfalls abgeschlossen. Die Bauarbeiten wurden aufgenommen. Mit der Aufnahme des elektrischen Betriebes kann zum Fahrplanwechsel 1998/99 gerechnet werden.
- **Knotenuntersuchung Hamburg**  
Die 1994 mit dem Bund, Hamburg, Niedersachsen und der DB AG vereinbarte Untersuchung zur Leistungssteigerung des Schienenknotens Hamburg wird stufenweise fortgesetzt. Als erste von drei Stufen liegt die Schwachstellenanalyse vor. Die von Schleswig-Holstein betriebene Erweiterung der Untersuchung hat er-

geben, daß die Wirtschaftlichkeitsrechnung für eine neue Schienenebquerung in Kombination mit der geplanten Straßenquerung im Zuge der A 20 kein positives Ergebnis hat.

Anstelle der als zweite Stufe vorgesehenen Simulationsphase ist nunmehr eine umfassende Knotenuntersuchung nach neuester Methode durch die DB AG in Auftrag gegeben worden. Ihre Ergebnisse werden in dritter Stufe mit denen der Verkehrsnachfrage- und Machbarkeitsstudien zu einer möglichen festen Fehmarnbelt-Querung verknüpft werden. Sie ergeben eine solide Grundlage für Maßnahmen zur Entlastung des Verdichtungsraumes Hamburg und einen Ausbau des Schienennetzes, der auch den zukünftigen Anforderungen genügt.

### **Öffentlicher Personennahverkehr**

Nach der Bahnstrukturreform und der Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) liegt seit dem 1. Januar 1996 die Verantwortung

- für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) beim Land,
- für den übrigen ÖPNV bei den Kreisen und kreisfreien Städten oder deren Zweckverbänden.

Die Landesweite Verkehrsservicegesellschaft Schleswig-Holstein mbH (LVS) in Kiel unterstützt das Land bei seiner Aufgabenerfüllung.

Zu der von der LVS erarbeiteten *Perspektive SPNV 2010 für den ersten Landesweiten Nahverkehrsplan Schleswig-Holstein* wurde 1996/97 ein intensiver Dialog mit allen beteiligten Institutionen geführt. Viele hundert Anregungen wurden vorgebracht und eingehend geprüft. Viele sinnvolle Einzelvorschläge konnten berücksichtigt werden. Andererseits mußte in zahlreichen Erörterungen auch deutlich gemacht werden, daß viele wünschenswerte Vorhaben wirtschaftlich nicht zu vertreten sind oder aufgrund fehlender Finanzierungsmittel aus heutiger Sicht nicht realisiert werden können.

Am 24. Juni 1997 wurde der **erste Landesweite Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein (LNVP)** durch die Landesregierung verabschiedet.

Der LNVP bildet den Rahmen für die Entwicklung des Schienenpersonennahverkehrs

und die Grundlage für eine landesweit koordinierte Verkehrsleistung im gesamten Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Schleswig-Holstein. Er beschreibt den weiteren Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) im Sinne des ÖPNV-Gesetzes. Er definiert Umfang, Qualität, Kosten und Finanzierung des SPNV bis 2002 und zeigt darüber hinaus die Perspektiven bis zum Jahr 2010 auf.

Der LNVP betrachtet den ÖPNV als ein Gesamtsystem, das mit verkehrlich sinnvollen und finanzierbaren, am Verkehrsverhalten der Bürgerinnen und Bürger orientierten Maßnahmen zu verbessern ist. Ziel ist, den SPNV weiter zu fördern, um mit dem Busverkehr zusammen ein Gesamtsystem ÖPNV im Lande zu bilden.

Die im LNVP als sinnvoll und kurzfristig realisierbar definierten Maßnahmen umfassen für den Zeitraum von 1997 bis 2002 ein Investitionsvolumen von rund 651 Millionen Mark, das ausschließlich aus Regionalisierungsmitteln bestritten wird.

Die Kreise und kreisfreien Städte haben im Rahmen ihrer Aufgabenträgerschaft für den übrigen ÖPNV erstmals in den Jahren 1996 und 1997 die **Regionalen Nahverkehrspläne (RNVP)** erstellt. Sie geben für die Entwicklung des ÖPNV in den einzelnen Kreisgebieten Rahmenvorgaben und sollen in Verbindung mit dem LNVP insgesamt ein abgestimmtes ÖPNV-Konzept im Lande darstellen.

### **Straßeninfrastruktur**

Die planerische Vorbereitung des durch Schleswig-Holstein führenden Teils der **Bundesautobahn A 20 (Ostseeautobahn)** wurde auf Grundlage des durch den Bund erteilten Planungsauftrages zeitgerecht fortgeführt.

Auf der Grundlage der im Juli 1995 durch den Bundesminister für Verkehr förmlich bestimmten Linienführung mit einer südlichen Umfahrung Lübecks war für einen ersten Teilabschnitt (A 1 bis zur Landesstraße L 92) im Jahr 1996 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet worden. Nach Beendigung des Anhörungsverfahrens und Abwägung der Anhörungsergebnisse wurde der Planfeststellungsbeschuß am 28. April 1997 veröffentlicht.

Der Planfeststellungsbeschuß für den ersten Streckenabschnitt beinhaltet aufgrund Gesetzeswirkung den automatischen Sofortvollzug

der Maßnahme. Zur Verhinderung dieses Sofortvollzuges haben Betroffene beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin einen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gem. § 80 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung gestellt. Mit Beschluß vom 21. Januar 1998 hat das Bundesverwaltungsgericht den Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses vom 28. April 1997 suspendiert. Die endgültige Entscheidung bleibt dem Verfahren in der Hauptsache vorbehalten. Zu einer mündlichen Erörterung hat das Gericht für den 7. Mai 1998 eingeladen.

Für die östlich anschließenden Bauabschnitte von der Landesstraße L 92 bis zur L 21 bei Lüdersdorf in Mecklenburg-Vorpommern wurde die Erarbeitung der parzellenscharfen Bauentwürfe fortgesetzt. Im Bereich der Wakenitzquerung wird in diesem Zusammenhang sowohl eine Brücken- als auch eine Tunnellösung untersucht. Für den gesamten Planungsabschnitt wurde ergänzend ein Gutachten über die Vereinbarkeit der Planung mit dem europäischen Umweltrecht erstellt.

Für die westliche Fortsetzung der Ostseeautobahn über die A 1 hinaus werden bis zur A 21 bei Bad Segeberg die erforderlichen Untersuchungen zur Linienfindung durchgeführt. Für den Abschnitt zwischen der A 1 und Geschendorf (Landesstraße 69) ist im April 1997 die öffentliche Auslegung der Unterlagen zur Umweltverträglichkeitsstudie erfolgt. Die eingegangenen Stellungnahmen werden Eingang in die Abwägung aller planungsrelevanten Belange finden. Das Linienbestimmungsverfahren ist für das Jahr 1998 vorgesehen.

Die Weiterführung der A 20 von der A 1 bei Lübeck bis zur A 1 bei Zeven (Niedersachsen) ist mit einer festen Elbquerung als großräumige **Nord-West-Umfahrung der Metropolregion Hamburg** im aktuellen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen enthalten. Für dieses Verkehrsprojekt wird eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung durchgeführt, um geeignete Trassenkorridore zu ermitteln und eine mögliche Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene durch eine zusätzliche Schienenelbquerung zu prüfen. Ferner wird geprüft, inwieweit die Elbquerung für die Finanzierung durch einen privaten Betreiber geeignet ist. Dabei wird im Rahmen einer Sensibilitätsanalyse der Einfluß von Straßenbenutzungsgebühren (nur für die Elbquerung) auf die Verkehrsmenge und die Akzeptanz für verschiedene Mauthöhen untersucht. Der Abschluß der Untersuchung wird im Frühjahr 1998 erfolgen.

## **Schifffahrt und Häfen**

### **Schifffahrtspolitik**

Die Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister/-senatoren der norddeutschen Küstenländer hat am 11. April 1997 in Kiel die seit Jahren drängenden Forderungen nach einem *neuen tragfähigen schifffahrtspolitischen Konzept* bekräftigt.

Sowohl Bundesrat als auch Bundestag schlossen sich diesen Forderungen im Juni 1997 voll inhaltlich an. Am 16. Juli 1997 legte das Bundeskabinett ein neues Konzept zur Förderung der deutschen Schifffahrt vor, in dem in wesentlichen Punkten die Vorschläge der Küstenländer aufgegriffen wurden. Sie betreffen Themen wie Tonnagesteuer, Lohnsteuerermäßigung, Änderung der Schiffsbesetzung, Ausbildung auf ausgeflaggten Schiffen, Anpassung der Schiffsicherheitsvorschriften, Befreiung von bestimmten Sozialversicherungsabgaben bei ausländischen Seeleuten.

Nach dem Scheitern des Steuerreformgesetzes hat der Bundesrat auf gemeinsame Initiative der Küstenländer am 7. November 1997 die Vorlage eines „Gesetzes zur Förderung der deutschen Seeschifffahrt und zur Sicherung des Reedereistandes Deutschland“ von der Bundesregierung gefordert. Das Gesetz soll die Einführung einer Tonnagesteuer mit einer beschäftigungssichernden Flaggenbindung für wenigstens vier Jahre und einen Lohnsteuereinbehalt in Höhe von 40 Prozent ermöglichen.

### **Tax-Free-Handel**

Nach Auffassung der Kommission der Europäischen Union ist der steuerbegünstigte Warenverkauf mit Beginn des Binnenmarktes nicht mehr gerechtfertigt; eine Verlängerung erfolgte durch Beschluß des Rates der Finanzminister *letztmalig* bis 30. Juni 1999. Da Arbeitsplatzverluste in der deutschen Ausflugs- und Fährschifffahrt, Kostensteigerungen für Passagiere und Fracht in der Luft- und Schifffahrt, Kostensteigerungen auf Flughäfen sowie Verluste im Umfeld (Häfen, Dienstleistungen, Fremdenverkehr, Busunternehmen, Werftenzulieferer) erheblich sein werden, hatte sich der Schleswig-Holsteinische Landtag bereits am 12. Dezember 1996 einstimmig für eine Verlängerung des Tax-Free-Handels ausgesprochen.

Angesichts der drohenden wirtschaftlichen Nachteile hat die Landesregierung Schleswig-Holstein die Initiative zur Erhaltung des Tax-Free-Handels ergriffen und damit die Diskussion in Deutschland und im europäischen Ausland erneut in Gang gesetzt.

Die Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister/-senatoren der norddeutschen Küstenländer verständigte sich am 11. April 1997 in Kiel auf eine gemeinsame Bundesratsinitiative, die am 7. November 1997 vom Bundesrat beschlossen wurde. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, sich auf europäischer Ebene zur Vermeidung von Arbeitsplatzvernichtung und Kostensteigerungen im innergemeinschaftlichen Flug- und Schiffsverkehr für eine dauerhafte Regelung des Tax-Free-Handels über den 30. Juni 1999 hinaus einzusetzen und dazu die kurzfristige Erstellung eines Gutachtens der Europäischen Union einzufordern. Das Gutachten soll die Folgen des Wegfalls des Tax-Free-Handels für die Finanzierung und Verwaltung der Verkehrsinfrastruktur im Flug- und Fährverkehr sowie die regionalwirtschaftliche, beschäftigungspolitische und fiskalische Bedeutung des Tax-Free-Handels darstellen. Die Entscheidung über die Zukunft des Tax-Free-Handels liegt nunmehr bei der Bundesregierung und beim EU-Rat der Finanzminister.

#### *Entwicklung der Häfen*

Der Seehafen Kiel konnte im August 1997 das neue *Norwegeterminal* nach dreijähriger Bauzeit im Beisein der norwegischen Königin einweihen und seiner Bestimmung übergeben. Die in zentraler Innenstadtlage am Ostufer der Hörn auf ehemals größtenteils brachliegenden Werftindustrieflächen entstandene, architektonisch anspruchsvoll gestaltete Hafenanlage dient der norwegischen Color Line für den expandierenden kombinierten Personen- und Frachtverkehr nach Oslo.

An den Gesamtkosten von 92 Millionen Mark hat sich das Land mit 32 Millionen Mark beteiligt.

Nach Zustimmung der Landesregierung zum Abriß der U-Boot-Bunkerruine „Kilian“ wird der Weg frei für den weiteren Ausbau des **Kieler Ostuferhafens**, über den die zunehmenden Frachtverkehre mit Finnland und Osteuropa laufen.

Mit dem Abschluß des laufenden Planfeststellungsverfahrens und dem Baubeginn wird im Jahr 1999 gerechnet.

Die Häfen der Hansestadt Lübeck konnten den positiven Trend im Güterumschlag fortsetzen, eine Steigerung auf rund 23 Millionen Tonnen verzeichnen und damit ihre Bedeutung in der Transitfunktion für Skandinavien und Osteuropa untermauern.

Da bis zum Jahre 2010 eine Verdoppelung des Güterverkehrsaufkommens im Ost-

seeraum prognostiziert wird, ist ein weiterer Ausbau und eine Modernisierung der Hafenanlagen erforderlich, auf die sich die Hansestadt in ihrer Hafententwicklungsplanung eingestellt hat.

Derzeit werden 4 Fähranleger am *Skandinavienkai in Travemünde* entsprechend den schiffahrts- und hafentbetrieblichen Anforderungen modernisiert.

Das Land fördert die mit 20 Millionen Mark veranschlagte Investition mit 8 Millionen Mark.

Auf der **Vogelfluglinie** haben die Deutsche Fährgesellschaft Ostsee mbH (DFO) und die kooperierende Reederei der Dänischen Staatsbahnen (DSB) vier neue Fährschiffe in Betrieb genommen. Damit soll der Verkehr attraktiver und schneller gestaltet werden. Die Hafenanlagen in **Puttgarden** wurden modernisiert und dem neuen Fährkonzept angepaßt. Mit diesen Investitionen stellen sich die Fährreedereien auf den Wettbewerb mit der festen Querung des Großen Belts ein.

Die Landesregierung hat den bedarfsgerechten Um- und Ausbau von regional bedeutsamen Häfen an der **Westküste**, die der Versorgung der nordfriesischen Inseln und Halligen dienen (*Wyk/Föhr, Steenodde und Wittdün/Amrum, List/Sylt*) sowie von **Neustadt / Holstein** und **Flensburg** finanziell unterstützt.

Während der Hafen von Neustadt starke Zuwächse im Handel mit Osteuropa zu verzeichnen hat, erhofft sich die Stadt Flensburg, nach Modernisierung der Kaianlagen am steigenden Güterverkehr auf der Jütlandroute partizipieren zu können.

#### *Luftverkehr*

Der Regionalluftverkehr von **Kiel-Holtenua** nach Frankfurt/Main, Köln/Bonn und Berlin hat sich mit überdurchschnittlichen Steigerungsraten weiter gefestigt. Überlegungen, weitere Destinationen in das Flugliniennetz einzubeziehen, konnten 1997 noch nicht realisiert werden.

Der Charterflugverkehr in **Lübeck** hat sich aufgrund der guten Erfahrungen seit Herbst 1996 kontinuierlich fortentwickelt. Neu aufgenommen wurden 1997 Flugziele auf Kreta, Mallorca und Gran Canaria.

Durch die Aufnahme eines neuen - privaten - Gesellschafters wird mit einer positiven Entwicklung der **Flughafen Sylt GmbH** gerechnet. Die Übernahme des Flughafengeländes vom Bund konnte trotz intensiver Verhand-

lungen auch 1997 noch nicht abgeschlossen werden.

Die erklärte Absicht der Anteilseigner Bund, Freie und Hansestadt Hamburg und Land Schleswig-Holstein, den Flughafen Hamburg - zumindest teilweise - zu privatisieren, wird derzeit von den Gesellschaftern unter Hinzuziehung von Gutachtern in Teilschritten einer luftverkehrs- und regionalpolitisch verträglichen Entscheidungsgrundlage zugeführt. Mit einer Veräußerung der schleswig-holsteinischen Anteile wird im Jahr 1998 gerechnet.

## **Ausblick**

Die Ausgangsbasis für eine konjunkturelle Stabilisierung in Deutschland ist vorhanden. Sachverständigenrat und Forschungsinstitute prognostizieren Wachstumsraten bis zu 3 Prozent für 1998. Doch solche Wachstumsraten allein werden nicht die notwendige Wende auf dem Arbeitsmarkt bewirken. Bereits heute ist absehbar, daß der Bedarf an Arbeitsplätzen besonders für gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer größer wird. Die Bundesregierung ist gefordert, die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen für neue, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. An erster Stelle der Prioritätenliste steht die Senkung der Lohnzusatzkosten. Es muß darüber hinaus alles getan werden, um das Instrumentarium für Problemgruppen des Arbeitsmarktes zu verfeinern, beispielsweise durch Einführung staatlicher Lohnkostenzuschüsse. Die Wende auf dem Arbeitsmarkt darf nicht an fehlendem Mut oder Festhalten an traditionellen, oft verkrusteten Strukturen scheitern. Hierfür haben die Menschen kein Verständnis mehr.

Die Wirtschaftspolitik der Landesregierung wird dazu beitragen, daß die guten Standort- und Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein nicht nur erhalten bleiben, sondern weiter verbessert werden. Die wirtschaftsnahе und die technologische Infrastruktur wird gepflegt und ausgebaut. Ein gutes Wirtschaftsklima ist unverzichtbarer Standortfaktor. Der Dialog mit allen Beteiligten, Abbau bürokratischer Hürden und unkomplizierte Hilfestellungen - all dies gehört bereits zum wirtschaftspolitischen Alltag in Schleswig-Holstein und wird immer wieder auf der Tagesordnung stehen.

Die Landesregierung wird neue Akzente setzen, beispielsweise durch verstärkte Förderung des Humankapitals. Die Globalisierung und der damit verbundene interregionale Standortwettbewerb werden sich in den nächsten Jahren in atemberaubender Geschwindigkeit verstärken. Globalisierung darf nicht als Entschuldigung für nicht mehr steuerbare Entwicklungen, sondern muß als Aufforderung zum Handeln verstanden werden. Ein qualifiziertes, fortschrittlich aus- und weitergebildetes Humankapital ist das A und O für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit für die Sicherung von Arbeitsplätzen der Zukunft. Deshalb wird die Landesregierung in ihrer Wirtschaftsförderpolitik die humankapitalorientierte Komponente weiter in den Vordergrund rücken. Die Maßnahmen im Rahmen des *Bündnis für Ausbildung*, nicht investive Förderungen wie das *Innovationsassistentenprogramm* und der konsequente Ausbau des *Technologietransfers* sind Beispiele, die in die richtige Richtung gehen.

Anlage 1

Nominales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und Deutschland  
(in jeweiligen Preisen)

Jahr 1)	Schleswig-Holstein		Deutschland			
	Mio. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	westdeutsche Länder		ost- deutsche Länder	Deutschland insgesamt.
			Mio. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	Veränderungsraten in % zum Vorjahr	
1980	52.396	7,1	1.472.040	6,0	-	-
1981	53.768	2,6	1.534.970	4,3	-	-
1982	55.124	2,5	1.588.090	3,5	-	-
1983	58.631	6,4	1.668.540	5,1	-	-
1984	62.144	6,0	1.750.890	4,9	-	-
1985	64.302	3,5	1.823.180	4,1	-	-
1986	69.411	7,9	1.925.290	5,6	-	-
1987	70.998	2,3	1.990.480	3,4	-	-
1988	75.051	5,7	2.095.980	5,3	-	-
1989	77.406	3,1	2.224.440	6,1	-	-
1990	83.585	8,0	2.426.000	9,1	-	-
1991	91.027	8,9	2.647.600	9,1	-	-
1992	96.874	6,4	2.813.000	6,2	27,5	7,8
1993	100.160	3,4	2.844.100	1,1	19,6	2,7
1994	104.472	4,3	2.965.900	4,3	12,9	5,1
1995	108.827	4,2	3.076.700	3,7	7,4	4,1
1996	110.695	1,7	3.143.300	2,2	4,5	2,4

1) bis 1995 3. Fortschreibung 1995, für 1996 2. Fortschreibung 1996  
ab 1994 vorläufige Ergebnisse

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Anlage 2

Reales Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein und Deutschland

(in Preisen von 1991)

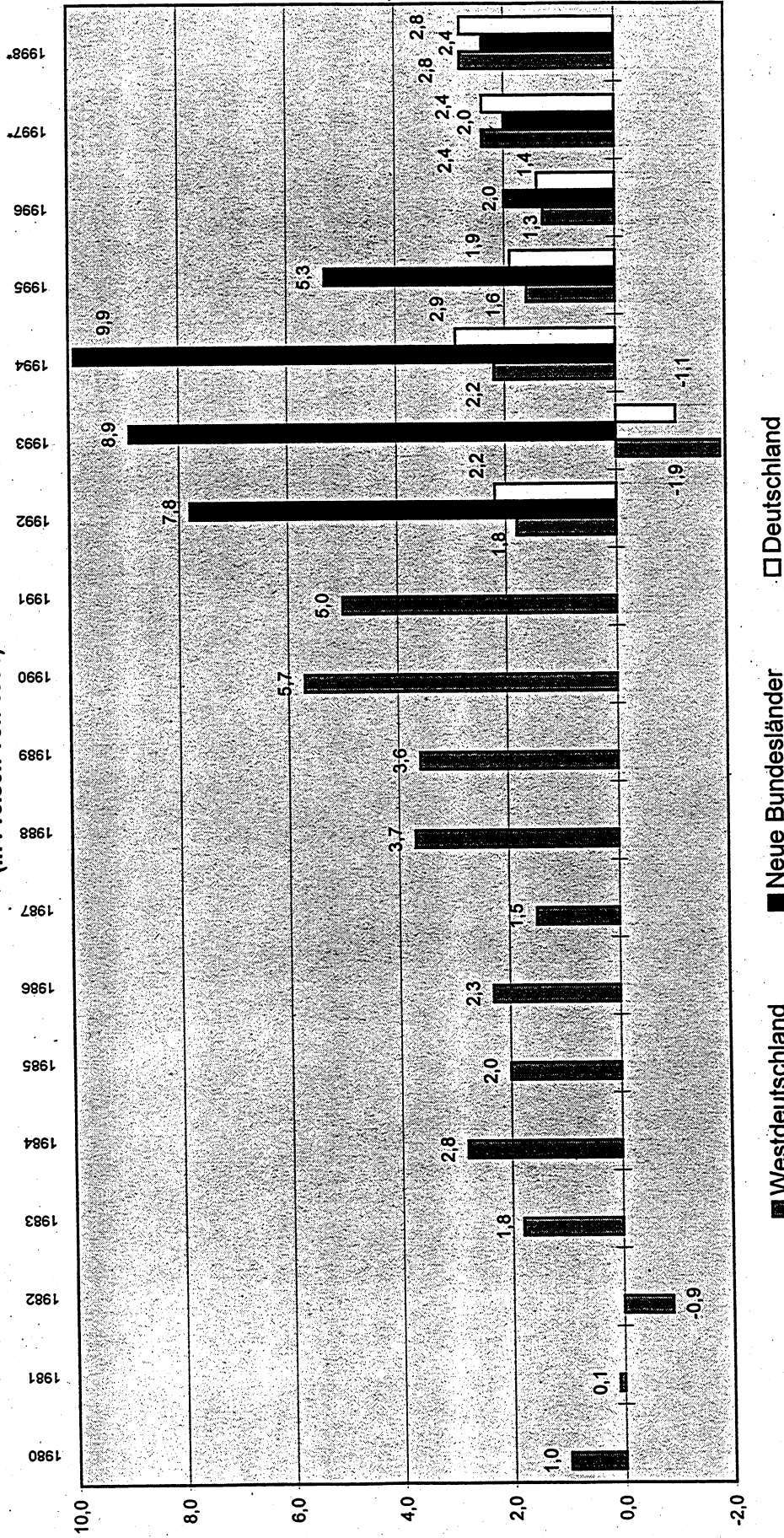
Jahr 1)	Schleswig-Holstein		Deutschland			
	Mio. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	westdeutsche Länder		ost- deutsche Länder	Deutschland insgesamt
			Mio. DM	Veränderung zum Vorjahr in %		
			Veränderungsraten zum Vorjahr in %			
1980	72.408	2,4	2.018.000	1,0	-	-
1981	71.378	-1,4	2.020.000	0,1	-	-
1982	70.216	-1,6	2.001.000	-0,9	-	-
1983	72.720	3,6	2.036.200	1,8	-	-
1984	75.880	4,3	2.093.500	2,8	-	-
1985	77.101	1,6	2.136.000	2,0	-	-
1986	81.571	5,8	2.186.100	2,3	-	-
1987	81.274	-0,4	2.218.400	1,5	-	-
1988	84.536	4,0	2.301.000	3,7	-	-
1989	84.049	-0,6	2.384.400	3,6	-	-
1990	87.048	3,6	2.520.400	5,7	-	-
1991	91.027	4,6	2.647.600	5,0	-	-
1992	92.936	2,1	2.694.300	1,8	7,8	2,2
1993	93.066	0,1	2.641.800	-1,9	8,9	-1,1
1994	95.034	2,1	2.700.500	2,2	9,9	2,9
1995	96.993	2,1	2.743.500	1,6	5,3	1,9
1996	97.900	1,0	2.779.200	1,3	2,0	1,4

1) ab 1994 vorläufige Ergebnisse  
(2. Fortschreibung 1996)

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein

Anlage 3

Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland  
(in Preisen von 1991)

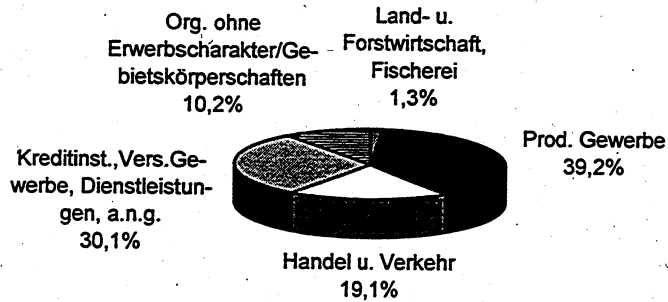


\*Quelle: Herbstgutachten 1997 "Die Lage der Weltwirtschaft und der Deutschen Wirtschaft"

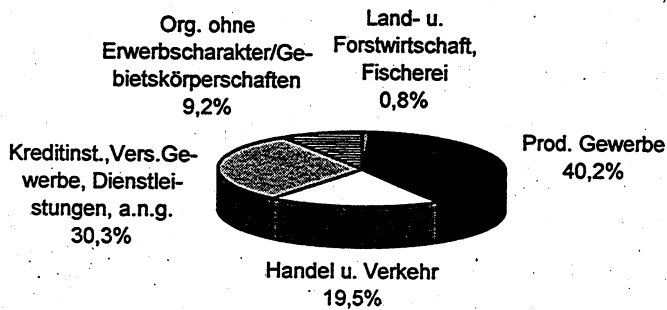
## Anlage 4

Die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen am 31.03.1997

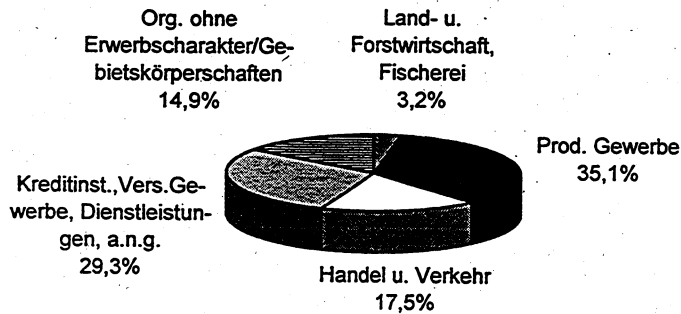
### Deutschland



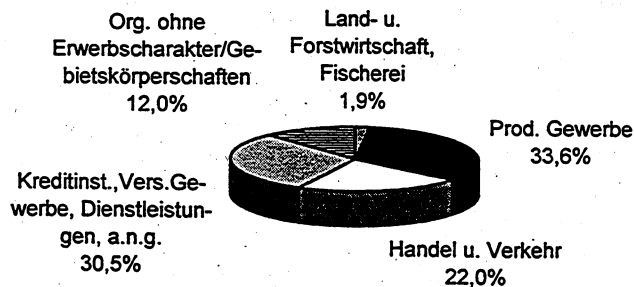
### Westdeutschland



### Ostdeutschland

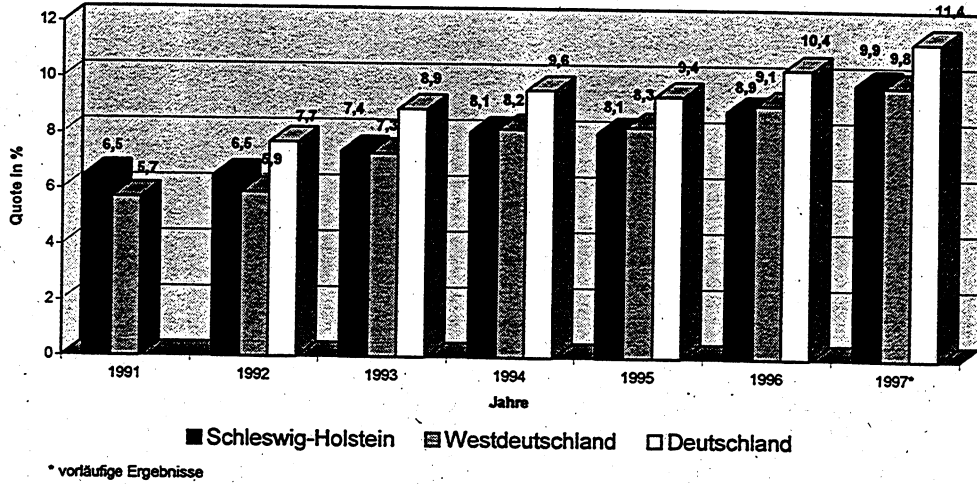


### Schleswig-Holstein

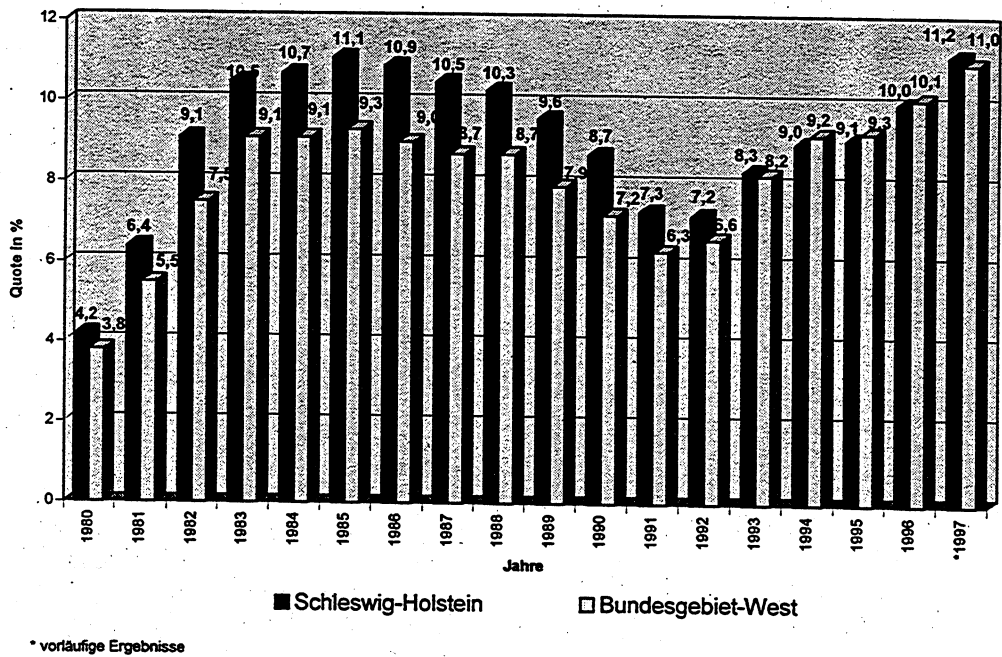


## Anlage 5

**Entwicklung der Arbeitslosenquoten  
(Berechnung auf der Basis aller ziviler Erwerbspersonen)**



**Entwicklung der Arbeitslosenquoten im Langzeitvergleich  
(Berechnung auf Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen)**

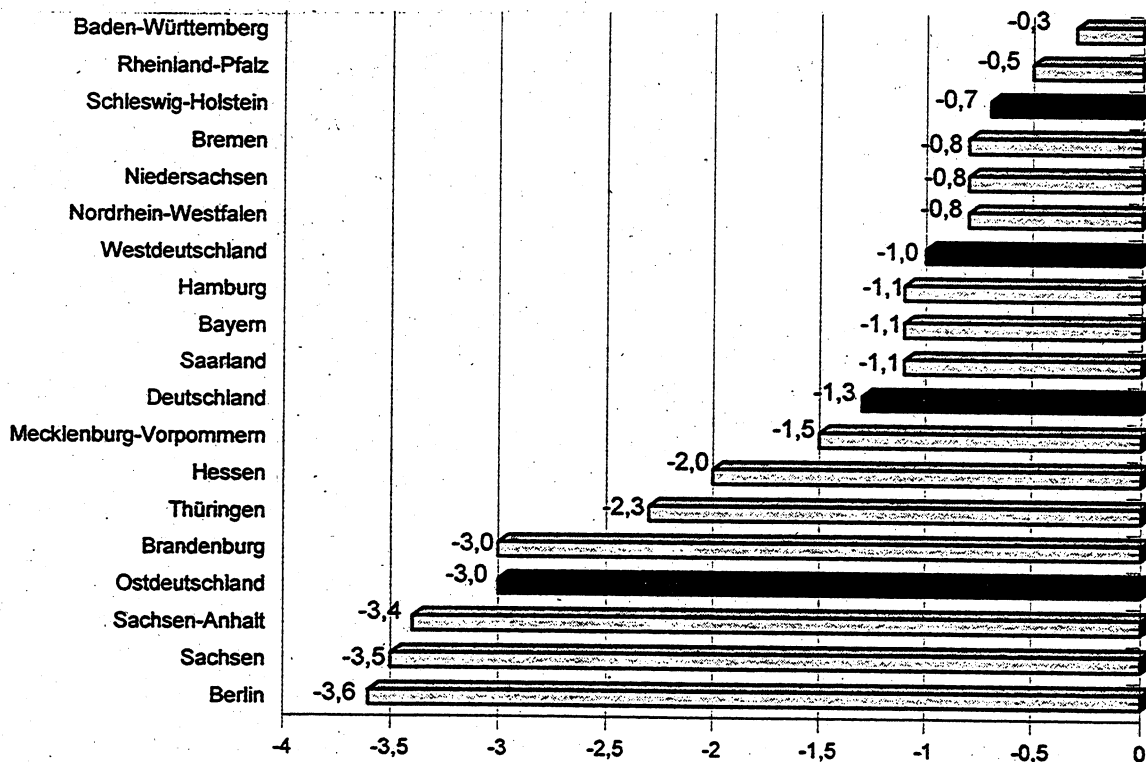


Anlage 5 a

Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1997 im Vergleich zum Vorjahr in Deutschland  
Erwerbstätige in 1.000

Bundesländer Stadtstaaten	1996	1997	Veränderung zum Vorjahr in %
Baden-Württemberg	4.602	4.587	-0,3
Rheinland-Pfalz	1.484	1.476	-0,5
Schleswig-Holstein	1.076	1.068	-0,7
Bremen	348	345	-0,8
Niedersachsen	3.086	3.062	-0,8
Nordrhein-Westfalen	7.188	7.131	-0,8
Westdeutschland	28.201	27.924	-1,0
Hamburg	907	896	-1,1
Bayern	5.446	5.386	-1,1
Saarland	433	428	-1,1
Deutschland	34.495	34.030	-1,3
Mecklenburg-Vorpommern	748	736	-1,5
Hessen	2.610	2.558	-2,0
Thüringen	1.002	979	-2,3
Brandenburg	1.048	1.017	-3,0
Ostdeutschland	6.294	6.106	-3,0
Sachsen-Anhalt	1.086	1.049	-3,4
Sachsen	1.932	1.865	-3,5
Berlin	1.500	1.445	-3,6

Prozentuale Veränderung der Erwerbstätigkeit 1997 im Vergleich zum  
Vorjahr in den deutschen Bundesländern



Anlage 6

Daten zur wirtschaftlichen Lage in den fünf Planungsräumen Schleswig-Holsteins

Kreise Planungsräume	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1)			Arbeitslosenquoten 2)		Industriedichte 5)
	31.12. 1996	Veränderg. z. Vorjahr in %	Anteil an SH in %	1996 3) in %	1997 3) in %	1997 Durchschnitt Jan.-Nov.
Hzgt.Lauenburg	38.510	-2,1	4,8	8,6	9,9	43
Pinneberg	74.242	-0,5	9,3	8,9	9,6	60
Segeberg	74.753	-2,1	9,4	7,8	8,9	67
Stormarn	62.982	-2,4	7,9	6,9	7,8	92
<b>Planungsraum I</b>	<b>250.487</b>	<b>-1,7</b>	<b>31,4</b>	<b>8,1</b>	<b>9,1</b>	<b>66</b>
Lübeck	81.633	-3,1	10,2	13,7	15,2	71
Ostholstein	49.394	-1,2	6,2	9,7	11,0	27
<b>Planungsraum II</b>	<b>131.027</b>	<b>-2,4</b>	<b>16,4</b>	<b>11,9</b>	<b>13,2</b>	<b>50</b>
Kiel	104.294	-1,8	13,1	13,4	14,7	65
Neumünster	32.526	-2,9	4,1	12,8	14,1	87
Plön	23.069	-0,3	2,9	8,8	9,7	19
Rendsburg-Eckernf.	64.115	-0,8	8,0	9,6	10,7	28
<b>Planungsraum III</b>	<b>224.004</b>	<b>-1,5</b>	<b>28,1</b>	<b>11,2</b>	<b>12,4</b>	<b>46</b>
Dithmarschen	34.636	-2,0	4,3	10,9	12,2	48
Steinburg	34.115	-2,1	4,3	9,3	10,6	57
<b>Planungsraum IV</b>	<b>68.751</b>	<b>-2,0</b>	<b>8,6</b>	<b>10,0</b>	<b>11,4</b>	<b>53</b>
Flensburg	37.777	-2,3	4,7	14,5	16,4	104
Nordfriesland	44.379	-2,0	5,6	9,6	11,0	17
Schleswig-Flensburg	41.705	-1,0	5,2	9,2	10,3	22
<b>Planungsraum V</b>	<b>123.861</b>	<b>-1,8</b>	<b>15,5</b>	<b>10,5</b>	<b>11,9</b>	<b>36</b>
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>798.130</b>	<b>-1,8</b>	<b>100,0</b>	<b>10,0</b> 8,9 <sup>4)</sup>	<b>11,2</b> 9,9 <sup>4)</sup>	<b>52</b>

1) Stand 31.12.1996 - letztverfügbares Ergebnis

2) Berechnung auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

3) vorläufige Ergebnisse

4) Berechnung auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen

5) Beschäftigte im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe je 1.000 Einwohner

Vorläufiges Durchschnittsergebnis der Monate 1 - 11/1997 der Beschäftigten berechnet mit dem Bevölkerungsstand am 30.06.1997

Anlage 7

Ergebnisse  
der wichtigsten einzelbetrieblichen Förderprogramme des Jahres 1997  
in Schleswig-Holstein

Programme	Fälle		Aufwendungen - in TDM -		Investitionszuschuß - in TDM -		neue Dauer- arbeitsplätze		gesicherte Arbeitsplätze		Betten	
	1996	1997	1996	1997	1996	1997	1996	1997	1996	1997	1996	1997
Industrieförderung GA 1)	17	15	181.736,5	222.042,4	24.122,0	28.346,8	479	551	-	-	-	-
Fremdenverkehrs- förderung GA 1)	4	1	24.932,0	11.280,0	3.407,9	1.500,0	29	41	-	-	202	96
Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume 2)	7	-	18.485,3	-	1.615,1	-	32	-	60	-	109	-
Existenzgründe- rinnenprogramm 3)	-	43	-	2.815,4	-	-	-	69	-	-	-	-
<b>Gesamtsumme</b>	28	59	225.153,8	236.137,8	29.145,0	29.846,8	540	661	60	-	311	96

1) GA = Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

2) einzelbetriebliche Förderung aus diesem Programm Ende 1996 ausgelaufen (vormals Regionalprogramme „Landesteil Schleswig“ + „Westküste“)

3) Programm in Kraft seit II. Quartal 1997; die Förderung erfolgt durch Tragung von Ausfallrisiken und teilweiser Übernahme der Kosten des Bearbeitungsaufwandes

Der Außenhandel des Landes Schleswig-Holstein  
Stand: Januar - August 1997

Ländergruppen	in Mio DM/Anteil an SH in % 1. Hj. 1997	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
Ausfuhr SH insgesamt	10.277,2	+ 14,8
Industrial. westl. Länder	7.367,9	+ 9,4
- EU-Länder	5.232,2	+ 3,8
- And. Europ. Industrieländer	1.041,7	+ 31,7
- Außereurop. Industrieländer	1.094,0	+ 20,6
Mittel- u. osteurop. Länder	893,3	+ 21,2
Entwicklungsländer	1.820,4	+ 34,9
Einfuhr SH insgesamt	10.266,6	+ 10,1
Industrial. westl. Länder	8.253,3	+ 8,6
- EU-Länder	6.276,9	+ 6,9
- And. Europ. Industrieländer	810,3	+ 14,5
- Außereurop. Industrieländer	1.166,0	+ 14,0
Mittel- u. osteurop. Länder	555,8	+ 21,1
Entwicklungsländer	1.061,2	+ 16,2

Quelle: Erarbeitet aus den Berichten des Stat. Landesamtes SH

